

No. 27697

**FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
KUWAIT**

**Agreement for the avoidance of double taxation with respect
to taxes on income and capital and for the fostering of
economic relations (with protocol). Signed at Bonn on
4 December 1987**

*Authentic texts: German, Arabic and English.
Registered by Germany on 7 December 1990.*

**RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
KOWEÏT**

**Convention tendant à éviter la double imposition en matière
d'impôts sur le revenu et sur la fortune et à encoura-
ger les relations économiques (avec protocole). Signée à
Bonn le 4 décembre 1987**

*Textes authentiques : allemand, arabe et anglais.
Enregistré par l'Allemagne le 7 décembre 1990.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DEM STAAT KUWAIT ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIET DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN UND ZUR BELEBUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN BEZIEHUNGEN

Die Bundesrepublik Deutschland
und
der Staat Kuwait —

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2
Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Vermögensteuer und
die Gewerbesteuer
(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);
- b) im Staat Kuwait:
die corporate income tax (Körperschaftsteuer),
die 5 vom Hundert des Reingewinns der Aktiengesellschaften, die an die kuwaitische Stiftung zur Förderung der Wissenschaft (Kuwait Foundation of Advancement of Science (KFAS)) zu zahlen sind,
die Zakat
(im folgenden als „kuwaitische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander – soweit erforderlich – am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder den Staat Kuwait und, wenn für Zwecke des Abkommens im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet, in dem das Steuerrecht des betreffenden Vertragsstaats gilt, sowie den Festlandsockel, das Küstenmeer oder jede andere Meeresszone, in der der betreffende Vertragsstaat in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht bestimmte Rechte hinsichtlich der Erforschung und Ausbeutung von Naturschätzen ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;

- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - e) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - 1. in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
 - 2. in bezug auf den Staat Kuwait alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit des Staates Kuwait besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem im Staat Kuwait geltenden Recht errichtet worden sind;
 - f) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen und auf Seiten des Staates Kuwait den Minister der Finanzen.
- (2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“

- a) im Fall der Bundesrepublik Deutschland eine Person, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland dort der unbeschränkten Steuerpflicht unterliegt;
- b) im Fall des Staates Kuwait eine natürliche Person, die ihren Wohnsitz im Staat Kuwait hat und Staatsangehöriger des Staates Kuwait ist, und eine Gesellschaft, die im Staat Kuwait errichtet worden ist und dort den Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung hat.

(2) Für die Zwecke des Absatzes 1

- a) gelten die Bundesrepublik Deutschland und ihre Gebietskörperschaften als in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Personen;
- b) gilt der Staat Kuwait als eine im Staat Kuwait ansässige Person;
- c) gelten öffentliche Einrichtungen gemäß ihrer Zugehörigkeit als in der Bundesrepublik Deutschland oder im Staat Kuwait ansässige Personen. Als öffentliche Einrichtung gilt jede Einrichtung, die von der Regierung eines der Vertragsstaaten oder im Fall der Bundesrepublik Deutschland von ihren Gebietskörperschaften zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben geschaffen worden ist und von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten in gegenseitigem Einvernehmen als solche anerkannt wird.

(3) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 5
Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzten.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer neun Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilftätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilftätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln. Wenn die Tätigkeit dieses Vertreters jedoch vollständig oder fast vollständig diesem Unternehmen gewidmet ist, gilt er nicht als unabhängiger Vertreter im Sinne dieses Absatzes.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind. Die vorstehende Bestimmung gilt unabhängig von den im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Begrenzungen, vorausgesetzt, die abgezogenen Ausgaben entsprechen der internationalen Praxis.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschiffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die

unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberichtigte ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet

- a) Dividenden auf Aktien einschließlich Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung und
- b) sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, und für die Zwecke der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberichtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberichtige der Zinsen ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberichtige im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberichtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttopreises der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck Lizenzgebühren umfaßt nicht Zahlungen für die Erbringung von Dienstleistungen einschließlich Beratertätigkeit.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer in diesem

Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberichtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberichtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt; so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahrs aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das im internationalen Ver-

kehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn der Aufenthalt der Künstler oder Sportler in einem Vertragsstaat ganz oder in wesentlichem Umfang aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unterstützt wird.

Artikel 18

Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1) Vergütungen, einschließlich Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskör-

perschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden, die natürliche Person in diesem Staat ansässig, Staatsangehöriger dieses Staates und nicht Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist.

(2) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

Artikel 20

Lehrer sowie Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule oder Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Staat höchstens 2 Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist im erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, daß diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Eine natürliche Person, die sich in einem Vertragsstaat lediglich als

- a) Student einer Universität, Hochschule oder Schule in diesem Vertragsstaat,
- b) Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre oder Praktikanten),

- c) Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer religiösen, mildtätigen, wissenschaftlichen oder pädagogischen Organisation vornehmlich zum Studium oder zu Forschungsarbeiten oder
 - d) Mitarbeiter eines Programms der technischen Zusammenarbeit, an dem die Regierung dieses Vertragsstaats beteiligt ist,
- aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist mit den für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland im erstgenannten Vertragsstaat von der Steuer befreit.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in

dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vorteilsbegrenzung

(1) Ungeachtet der Anwendung der übrigen Artikel des Abkommens können sich bezüglich der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland nur die folgenden im Staat Kuwait ansässigen Personen auf die Artikel 7, 8, 10 bis 15, 21 und 22 berufen:

der Staat Kuwait;

eine öffentliche Einrichtung des Staates Kuwait im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 Buchstabe c;

eine Gesellschaft, vorausgesetzt, sie kann nachweisen, daß mindestens 75 vom Hundert ihres Kapitals dem Staat Kuwait und/oder einer öffentlichen Einrichtung des Staates Kuwait als Nutzungsberchtigten gehören, und vorausgesetzt, sie kann den eindeutigen Beweis erbringen, daß das restliche Kapital anderen im Staat Kuwait ansässigen Personen als Nutzungsberchtigten gehört und die Gesellschaft von den vorgenannten Personen beherrscht wird.

Ungeachtet des Satzes 1 können sich auch die folgenden im Staat Kuwait ansässigen Personen auf die Artikel 10, 11 und 22 Absatz 4 berufen:

eine natürliche Person;

eine Gesellschaft, vorausgesetzt, sie kann den eindeutigen Beweis erbringen, daß ihr Kapital ausschließlich dem Staat Kuwait und/oder einer öffentlichen Einrichtung des Staates Kuwait und/oder anderen im Staat Kuwait ansässigen Personen als Nutzungsberchtigten gehört und daß die Gesellschaft von den vorgenannten Personen beherrscht wird.

(2) Voraussetzung für die Befreiung von der deutschen Steuer nach Absatz 1 ist ferner, daß die im Staat Kuwait ansässige Gesellschaft nachweist, daß der Hauptzweck der Gesellschaft oder der Ausubung ihrer Tätigkeit oder des Erwerbs oder Besitzes der Beteiligungen oder anderen Vermögenswerte, aus denen die betroffenen Einkünfte stammen, nicht darin bestand, diese Vorteile zugunsten einer Person zu erlangen, die nicht im Staat Kuwait ansässig ist.

(3) Befreiung von der deutschen Steuer nach den Absätzen 1 und 2 kann nur gewährt werden, wenn die zuständige Behörde

des Staates Kuwait bestätigt, daß die in den Absätzen 1 und 2 genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Haben die Behörden der Bundesrepublik Deutschland Anhaltspunkte, die Zweifel an den Erklärungen aufkommen lassen, die die Person abgegeben hat, der die Einkünfte oder Vermögenswerte zuzurechnen sind, und die von der zuständigen Behörde des Staates Kuwait bestätigt worden sind, so unterbreitet die zuständige Behörde der Bundesrepublik Deutschland der zuständigen Behörde des Staates Kuwait diese Anhaltspunkte; die letztgenannte Behörde stellt neue Ermittlungen an und teilt die Ergebnisse der zuständigen Behörde der Bundesrepublik Deutschland mit. Bei Unstimmigkeiten zwischen den zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten findet das Verfahren nach Artikel 25 Anwendung.

Artikel 24

Befreiung von der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die Einkünfte aus dem Staat Kuwait sowie die im Staat Kuwait gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen im Staat Kuwait besteuert werden können. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Auf Dividenden sind die vorstehenden Bestimmungen nur dann anzuwenden, wenn die Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer im Staat Kuwait ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach dem vorhergehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.

- b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus dem Staat Kuwait zu erhebende deutsche Einkommensteuer und Körperschaftsteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die Steuer angerechnet, die nach dem Recht des

Staates Kuwait und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für

1. Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 2. Lizenzgebühren, auf die Artikel 12 Anwendung findet;
 3. Vergütungen, auf die Artikel 16 Anwendung findet;
 4. Einkünfte, auf die Artikel 17 Anwendung findet;
 5. Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, auf die Artikel 6 Anwendung findet. Dies gilt nicht, wenn das unbewegliche Vermögen, aus dem die Einkünfte stammen, zu einer in Artikel 7 erwähnten und im Staat Kuwait gelegenen Betriebsstätte oder zu einer in Artikel 14 erwähnten und im Staat Kuwait gelegenen festen Einrichtung tatsächlich gehört, es sei denn, auf die Gewinne der Betriebsstätte ist auf Grund der Bestimmungen des Buchstabens c der Buchstabe a nicht anzuwenden.
- c) Buchstabe a ist nicht anzuwenden auf die Gewinne einer Betriebsstätte, auf das bewegliche und unbewegliche Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, und auf die Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens, auf die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden und auf die Beteiligung an einer Gesellschaft, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, daß die Bruttoeinkünfte der Betriebsstätte oder der Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich aus Tätigkeiten im Sinne des § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 und Absatz 2 des deutschen Außensteuergesetzes in der zur Zeit der Unterzeichnung des Abkommens geltenden Fassung stammen.
- In diesem Fall ist die Steuer, die nach dem Recht des Staates Kuwait und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für die vorstehend genannten Einkünfte und Vermögenswerte gezahlt worden ist, unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die deutsche Einkommen- oder Körperschaftsteuer, die von diesen Einkünften erhoben wird, oder auf die deutsche Vermögensteuer, die von diesen Vermögenswerten erhoben wird, anzurechnen.
- (2) Bei einer im Staat Kuwait ansässigen Person wird die Steuer gemäß dem innerstaatlichen Recht des Staates Kuwait festgesetzt.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dür-

fen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Verschiedenes

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie die in den vorstehenden Artikeln vorgesehenen Begrenzungen und Befreiungen durchzuführen sind.

(2) Es besteht Einvernehmen darüber, daß das Abkommen nicht so auszulegen ist, als hindere es die Bundesrepublik Deutschland daran, die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes zu den Einkünften einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person gehören.

Artikel 28

Diplomatische und konsularische Vorrechte

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Ungeachtet des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat ist, für Zwecke des Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn

- a) sie nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates nicht besteuert wird und
- b) sie im Entsendestaat mit ihrem Welteinkommen denselben steuerlichen Verpflichtungen unterliegt wie in diesem Staat ansässige Personen.

Artikel 29

Land Berlin

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Staates Kuwait innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 30

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation in Übereinstimmung mit den verfassungsmäßigen Erfordernissen der beiden Vertragsstaaten; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Kuwait ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) auf die Steuern, die für die am oder nach dem 1. Januar 1984 beginnenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;
- b) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, die nach dem 31. Dezember 1983 gezahlt werden.

Artikel 31

Geltungsdauer

(1) Unbeschadet des Artikels 30 bleibt dieses Abkommen bis 31. Dezember 1992 in Kraft. Danach bleibt es bis 31. Dezember 1997 in Kraft, wenn beide Vertragsstaaten sich gegenseitig schriftlich auf diplomatischem Weg sechs Monate vor Außerkrafttreten unterrichtet haben, daß die innerstaatlichen Erfordernisse für eine Verlängerung erfüllt sind. Zu Beginn des Jahres 1997 konsultieren die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander, ob eine weitere Verlängerung in Erwägung zu ziehen ist.

(2) Das Abkommen ist in beiden Vertragsstaaten letztmalig anzuwenden

- a) auf die Steuern, die für den Veranlagungszeitraum erhoben werden, der in dem Jahr endet, in dem das Abkommen letztmalig in Kraft ist;
- b) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, die bis zum 31. Dezember des Jahres gezahlt werden, in dem das Abkommen letztmalig in Kraft ist.

Geschehen zu Bonn am 4. Dezember 1987, was dem 13. Rabi II 1408 H entspricht, in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

LAUTENSCHLAGER

OBERT

Für den Staat Kuwait:

AL-BABTIN

PROTOKOLL

Die Bundesrepublik Deutschland

und

der Staat Kuwait

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen in Bonn am 4. Dezember 1987, was dem 13. Rabi II 1408 H entspricht, die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

(1) Zu Artikel 4

Es besteht Einvernehmen darüber, daß als öffentliche Einrichtungen des Staates Kuwait im Sinn des Absatzes 2 die folgenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts zu verstehen sind, die vollständig im Eigentum des Staates Kuwait stehen und von ihm beherrscht werden:

- öffentliche Körperschaften.
- Behörden,
- Regierungsstellen,
- Stiftungen,
- Entwicklungsfonds.

Vorbehaltlich Absatz 2 Buchstabe c können weitere Einrichtungen als öffentliche Einrichtungen anerkannt werden.

(2) Zu Artikel 5

a) Absatz 5

Eine Vollmacht, im Namen eines Unternehmens Verträge abzuschließen, wird auch dann gewöhnlich ausgeübt, wenn verschiedene Personen auf Grund einer Vollmacht für das Unternehmen tätig sind.

b) Absatz 6

Eine Person im Sinn des Absatzes 6 muß sowohl rechtlich als auch wirtschaftlich unabhängig von dem Unternehmen sein und im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln, wenn sie für das Unternehmen tätig ist.

(3) Zu den Artikeln 7 und 9

Einer Bauausführung oder Montage dürfen in dem Vertragsstaat, in dem sich die Bauausführung oder Montage befindet, nur die Gewinne zugerechnet werden, die aus der Bauausführung oder Montage selbst herrühren. Das bedeutet, daß insbesondere

- a) Gewinne, die aus einer mit dieser Tätigkeit in Zusammenhang stehenden oder davon unabhängigen Warenlieferung der Hauptbetriebsstätte oder einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder eines Dritten herrühren, der Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen sind;
- b) ungeachtet des Artikels 12 Absatz 3 Gewinne, die aus Planungs-, Projektierungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten sowie technischen Dienstleistungen herrühren, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die im anderen Vertragsstaat befindliche Bauausführung oder Montage erbringt, soweit diese Tätigkeiten außerhalb des anderen Vertragsstaats ausgeübt werden, dieser Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen sind.

(4) Zu Artikel 9

Artikel 9 ist unbeschadet des innerstaatlichen Rechts anzuwenden, sofern ein annehmbarer eindeutiger Beweis erbracht werden kann und die Festsetzung der Gewinne internationaler Praxis entspricht.

(5) Zu Artikel 10

Begrenzt die Bundesrepublik Deutschland in zukünftigen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung die Quellensteuer für Dividenden auf einen niedrigeren als den in dem Abkommen vorgesehenen Satz, so werden die Vertragsstaaten die Angelegenheit in freundschaftlicher Weise erörtern.

(6) Zu den Artikeln 10 und 11

Ungeachtet der Bestimmungen dieser Artikel können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der

Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und

- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners dieser Einkünfte abzugsfähig sind.

(7) Zu Artikel 23

a) Allgemeines

Der derzeitige persönliche Geltungsbereich des Abkommens wird überprüft, wenn Änderungen im kuwaitischen Steuersystem oder in der kuwaitischen Steuerpraxis eintreten.

b) Absatz 1

1. Es wird davon ausgegangen, daß das Eigentum an 25 vom Hundert des Kapitals einer Gesellschaft keinen beherrschenden Einfluß auf die Gesellschaft verleiht; wenn sich diese Rechtslage ändert und mehr als 75 vom Hundert des Kapitals zur vollständigen Beherrschung benötigt werden, ist anstelle einer Beteiligung von „mindestens“ 75 vom Hundert eine Beteiligung von „über“ 75 vom Hundert erforderlich.
2. Ist eine im Staat Kuwait ansässige Person, der das Kapital einer Gesellschaft im Sinn des Artikels 23 Absatz 1 ganz oder teilweise als Nutzungsberechtigter gehört, selbst eine Gesellschaft, so muß das Kapital dieser Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar – durch eine andere im Staat Kuwait ansässige Gesellschaft oder mehrere derartige Gesellschaften – ausschließlich im Staat Kuwait ansässigen natürlichen Personen und/oder dem Staat Kuwait oder einer öffentlichen Einrichtung des Staates Kuwait als Nutzungsberechtigten gehören und von ihnen beherrscht werden.

Im Fall einer mittelbaren Beteiligung darf anderen Personen als natürlichen Personen, die im Staat Kuwait ansässig sind, und/oder dem Staat Kuwait oder einer öffentlichen Einrichtung des Staates Kuwait, abgesehen von einer Gesellschaft, die die obengenannten Voraussetzungen erfüllt, weder das Kapital der zwischengeschalteten Gesellschaft als Nutzungsberechtigten gehören noch die Beherrschung dieser Gesellschaft zustehen.

Es besteht Einvernehmen zwischen beiden Seiten darüber, daß ohne Rücksicht auf die Zwischenschaltung einer Gesellschaft oder mehrerer Gesellschaften die Vorteile aus dem Abkommen letztlich nur im Staat Kuwait ansässigen natürlichen Personen, dem Staat Kuwait und öffentlichen Einrichtungen des Staates Kuwait zustehen. Dies soll bei der Auslegung des Abkommens beachtet werden. Sollten sich in dieser Hinsicht Zweifel ergeben, so soll das Verständigungsverfahren angewendet werden.

(8) Zu Artikel 24

Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb des Staates Kuwait zur Ausschüttung, so schließt Absatz 1 die Herstellung der Ausschüttungsbelaistung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.

Geschehen zu Bonn am 4. Dezember 1987, was dem 13. Rabi II 1408 H entspricht, in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

LAUTENSCHLAGER

OBERT

Für den Staat Kuwait:

AL-BABTIN

٨ - بإشارة الى المادة (٤٤)

حيثما تقوم شركة تكون مقيدة في جمهورية المانيا الاتحادية بتوزيع دخل مكتسب من مصادر داخل دولة الكويت ، فلن تحول الفقرة (١) دون الفرق التعريفي لحرية الشركات على مثل هذه التوزيعات وفقاً لحكام قانون التربية الألماني .

حررت في بون في هذا اليوم من شهر يناير ١٤٠٨ هجرية
الموافق الرابع من شهر ديسمبر ١٩٨٢ ميلادية ، من سنتين أصليتين باللغات
 الألمانية والعربية والإنجليزية ، وتكون النصوص الثلاث ذات حجية ومتطابقة في
 المعنى والترجمة

وفي حالة الاختلاف ، يسود النص الإنجليزي .

عن جمهورية المانيا الاتحادية

عن دولة الكويت

.....
.....
.....

.....
.....
.....

ب - الفقرة (١)

(١) من المفهوم أن ملكية ٢٥ في المائة من رأس المال شركة لا يعطى حقوق السيطرة ، فإذا تغير هذا الواقع القانوني ، وأصبح المطلوب للسيطرة الكاملة أكثر من ٢٥ في المائة ، فإنه عندئذ ، بدلاً من حيازة ٢٥ في المائة على الأقل يكون المطلوب حيازة أكثر من ٢٥ في المائة .

(٢) إن كان مقيم في دولة الكويت يملك ملكية نفعية كل أو جزء من رأس المال شركة فمن ماتعنيه الفقرة (١) من المادة (٢٢) وكان هو نفسه شركة ، فإنه يجب عندئذ أن يكون رأس المال هذه الشركة مملوكاً ملكية نفعية بحورة مباشرة أو غير مباشرة عن طريق شركة أخرى أو شركات أخرى تكون مقيمة في دولة الكويت ، ومملوكة بالكامل بواسطة أفراد مقيمين بدولة الكويت و / أو بواسطة دولة الكويت أو مؤسسة حكومية لدولة الكويت ، وأن يكون هؤلاء المقيمين مسيطرین سيطرة كاملة عليها .

في حالة الملكية غير المباشرة لا يجوز لأشخاص آخرين غير الأفراد من المقيمين في دولة الكويت و / أو دولة الكويت أو مؤسسة حكومية تابعة لدولة الكويت ، خلالها الشركة متوفقة للمتطلبات المذكورة أعلاه ، أن يملأوا ملكية نفعية أو رأس المال بالشركة المتداولة أو أن يسيطروا على تلك الشركة .

ومن المتظاهم عليه بين الجانبيين أنه يجب بعرف النظر عن التدخل في شركة أو في شركات ، أن يحصل الأفراد من المقيمين في دولة الكويت ودولة الكويت ومؤسسة حكومية لدولة الكويت وحدهم في النهاية على مزايا هذه الإلتئامية . ولابد من فرورة مراعاة هذا الهدف عند تطبيق الإتفاقية .فإن ثارت شكوك في هذا الشأن ، فيجب تطبيق إجراء الإتفاق المتبادل .

٤ - بالاشارة الى المادة (٩)

تطبق المادة (٩) بغير النظر عن أحكام القانون الداخلي شريطة تقديم دليل جوهري مقبول ويكون تحديد الأسماء طبقاً للمعرف الدولي.

٩ - بالاشارة الى المادة (١٠)

إذا قامت جمهورية المانيا الاتحادية مستقبلاً في اتفاقيات أخرى لتجنب الإزدواج الغربي فرض الفرصة عند المنبع على أرباح الأهم بنسبة أقل من النسبة المنصوص عليها في هذه الاتفاقيات ، تتم مناقشة الموضع بين الدولتين المتعاقدين بطريقة ودية .

٦ - بالإشارة إلى المادتين (١٠) و (١١)

بالرغم من أحكام هاتين العادتين ، يجوز إخراج أرباح الأسهم والفوائد للنفطية في الدولة المتعاقدة التي تنشأ فيها وولتا لقانون تلذ الدولة

131

البربيسي لجمهورية ألمانيا الاتحادية (أ)
القانون رقم ٣٧٢ لسنة ١٩٦٥
عن مفهوم الدين العام (١)
الدين العام (٢) هو الدين الذي يكتسبه الشرك الموصي من مساهمته بهذه
الملاة من آل **Partiarisches Darlehen** وـ **Gewinnobligationen**
فمن ما يعنيه القانون

ب) التي تكون قابلة للختم عند تحديد أرباح المدين من مثل هذا الدخل.

٤ - بالإشارة الى المادة (٢٢)

١ - عصافير

سيعاد النظر في المجال الشفهي الحالي لتطبيق الإتفاقية اذا ماتم تعديل النظام المغربي او التطبيق المغربي الكوبيسي .

٢ - بالإشارة إلى المادة (٥)٤ - فقرة (٥)

صلاحية إبرام العقود باسم المشروع تمارس أيضاً بصفة اعتبارية حيثما يعمل أشخاص متعددون بموجب صلاحية من أجل المشروع.

ب - فقرة (٦)

الشخص فيما تعنيه الفقرة (٦) بحسب أن يكون مستقلاً قانونياً واعتبارياً عن المشروع وأن يعمل في مجال عمله المعتمد عند التصرف نيابة عن المشروع.

٣ - بالإشارة إلى المادتين (٢) و (٩)

يمكن أن تنسب فقط إلى موقع بناء أو مشروع تشيد أو تركيب نفس الدولة المتعاقدة التي يقع فيها موقع البناء أو مشروع التشيد أو التركيب ، تلك الأرباح الناتجة عن نشاط موقع البناء أو مشروع التشيد أو التركيب ذاته وهذا يعني على وجه الخصوص :

أ - الأرباح التي تنشأ عن توريد بخاخع ، مواد ارتبطت بهذا النشاط أو باستقلال منه ، بواسطة المنشآة الدائمة الرئيسية أو أي منشأة أخرى للمشروع أو العرف الثالث ، لتنسب إلى موقع البناء أو مشروع التشيد أو التركيب .

ب - على الرغم من أحكام الفقرة (٢) من المادة (١٢) ، الأرباح التي تنشأ من التخطيط وأعمال المشروع والتصميم والأبحاث وكذلك الخدمات الفنية التي يؤديها متيم بأحدى الدولتين المتعاقدتين لموسيع بناء أو مشروع تشيد أو تركيب يقع في تلك الدولة المتعاقدة الأخرى ثانية ، طالما كانت تلك الأنشطة تنفذ خارج الدولة المتعاقدة الأخرى ، لتنسب إلى موقع البناء أو مشروع التشيد أو التركيب .

بروگسل

تم الاتفاق بين

جمهورية المانبا الاتحادية

1

دوليـة الـكـسوـبـت

عند التوقيع في بولندا بتاريخ ١٣٢٠١٤،^{١٣} هجرية الموافق الرابع من ديسمبر ١٩٨٧ ميلاده على الاتفاقية بين الدولتين لتجنب الازدواج الضريبي فيما يتعلق بالغراش على الدخل ورثي المال ، ولتعزيز العلاقات الاقتصادية بينهما ، على الأحكام القالية التي تشكل جزءاً لا يتجزأ من الاتفاقية المذكورة .

١ - بالإشارة إلى المادة (٤)

تم الاتفاق على أن تكون المؤسسات الحكومية بدولة الكويت ضمن ماتعنى به الفقرة (٢) هي الكيانات الإمتيازية التابعة التي أنشئت بموجب القانون العام والتي تملكها كلية وتسير عليها دولة الكويت .

المؤسسات الماسية

الهندسة

الوكالات الحكومية

المؤسسات الخيرية

مناديق التنمية

مع مراعاة أحكام البند (ج) الفقرة (٢)، يمكن أن تعتبر مؤسسات أخرى
كمؤسسات حكومية .

الدولتين المتعاقدتين بإخطار بعضهما البعض خطيا من خلال القنوات الدبلوماسية ، قبل انتهاءها بعده ستة شهور بأن المتطلبات الداخلية لتمديد مدة الإتفاقية قد تم استيفاؤها . وعلى السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدتين أن تشارر بعضها البعض في بداية عام ١٩٩٧ فيما لو كانت ترغب في تمديد آخر .

٢- تطبق هذه الإتفاقية في النهاية في كلا الدولتين المتعاقدتين :

(أ) فيما يختي بالهرائب التي تفرض في فترة التقدير المنتهية في السنة الأخيرة التي تكون فيها الإتفاقية شافدة .

(ب) فيما يختي بالهرائب التي تختم عند المنبع على أرباح الأسماء والفوائد وأكتارات المدفوعة حتى ٣١ ديسمبر من السنة الأخيرة التي تكون فيها الإتفاقية شافدة .

حررت في بون في هذا اليوم من شهر ديسمبر ١٤٠٨ هجرية
الموافق من شهر ديسمبر ١٩٨٧ من سنتين أصليتين باللغات الألمانية
والعربية وإنجليزية و تكون كل النسخ الثلاث ذات جدية ومتطابقة في المعنى
والترجمة .

وفي حالة الاختلاف ، يسود النسخة الإنجليزى .

عن جمهورية ألمانيا الاتحادية

.....
.....
.....

عن دولة الكويت

.....
.....

ب - كان خاصا في الدولة المرسلة لنفس الالتزامات فيما يتعلق بالغريبة على دخله الدولي كما هو الحال بالنسبة للمقيمين في تلك الدولة .

مادة (٢٩)

إقليم برلين

تنطبق هذه الإتفاقية أيها على إقليم برلين شريطة ألا تتقدم حكومة جمهورية ألمانيا الاتحادية بإعلان ينافي ذلك إلى حكومة دولة الكويت في غضون ثلاثة شهور من تاريخ نفاذ هذه الإتفاقية .

مادة (٣٠)

النفاذ

١ - تเขّم هذه الإتفاقية للتمديق عليها وفقاً للمطلبات الدستورية للدولتين المتعاقدتين ويتم تبادل وثائق التصديق في الكويت في أقرب وقت ممكن .

٢ - تصبح هذه الإتفاقية نافذة بعد شهر واحد من تاريخ تبادل وثائق التصديق وتسرى أحكامها في كلا الدولتين المتعاقدتين :

أ - فيما يختص بالغرائب التي تفرض في أي فترة تقدر بـ ١٢ في أو بعد الأول من يناير ١٩٨٤ .

ب - فيما يختص بالغرائب التي تخص عند المنبع على أرباح الأسماء والفوائد والأتاوات المدفوعة بعد ٢١/١٢/١٩٨٣ .

مادة (٣١)

المدة

١- بدون إخلال بأحكام المادة (٣٠) ، تظل هذه الإتفاقية نافذة حتى ٣١ ديسمبر ١٩٩٢ وتنتظر بعد ذلك سارية المفعول حتى ٣١ ديسمبر ١٩٩٧ إذا قامت كلا

ج - بتقديم معلومات من شأنها إنشاء أو إسرار تجارية أو اقتصادية أو صناعية أو معاملات تجارية أو مهنية أو عملية تجارية أو معلومات قد يكون الكثف منها خالفاً للسياسة العامة (النظام العام) .

مسادة (٢٧)

أحكام متزمعة

١ - تتفق السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدتين على الترتيبات المتعلقة بالطريقة التي تنفذ بها القبود والإعفاءات المتفق عليها في المواد المتقدمة .

٢ - من المتفق عليه أنه لن تضر هذه الاتفاقية بأنها تمنع جمهورية العانيا الإتحادية من أن تخضع للغريبة المبالغ التي تدخل بموجب الجرء (٤) من القانون الألماني AUßensteuerGESETZ في دخل المقسم في جمهوريةmania الإتحادية .

مسادة (٢٨)

الامتيازات الدبلوماسية والقنصلية

١ - لن يؤثر شيء في هذه الاتفاقية في الامتيازات المالية المنوحة لأعماء البعثة الدبلوماسية أو الهيئة القنصلية أو المنظمات الدولية بموجب القواعد العامة للقانون الدولي أو بموجب نصوص اتفاقيات خاصة .

٢ - على الرغم من أحكام المادة (٤) ، فإن الفرد الذي يكون عفوًا في بعثة دبلوماسية أو هيئة قنصلية تابعة لإحدى الدولتين المتعاقدتين والكافحة في الدولة المتعاقدة الأخرى أو في دولة ثالثة يعتبر أنسراً في هذه الاتفاقية مقيداً في الدولة المرسلة إذا :

٣ - كان طبقاً للقانون الدولي غير خاضع للغريبة في الدولة المستقبلة فيما يتعلق بدخل من مصادر خارج تلك الدولة ، و

- ٢ - يتعين على السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدتين أن تعمى عن طريق الإتفاق المتبادل لتذليل أي معوبات أو شكوك تنشأ فيما يتعلق بتفسير أو تطبيق هذه الإتفاقية . ويمكنها أيضًا أن تشارر معا لإزالة الإزدواج الغربي في الحالات التي لم تتنوّع عليها هذه الإتفاقية .
- ٤ - يجوز أن تتملّك السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدتين مع بعضها البعض مباشرة بمفرغ التوسل إلى إتفاق حول المعنى المراد من الفقرات المتقدمة .

مادة (٢٦)

تبادل المعلومات

- ١ - يتعين على السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدتين أن تتبادل المعلومات اللازمة لتنفيذ أحكام هذه الإتفاقية . وتعامل أي معلومات تتلقاها دولة متعاقدة باعتبارها سرية على نفس النحو الذي يتم عليه الحصول على المعلومات وفقاً للقوانين الداخلية لتلك الدولة ، ولا يتم إنشاؤها إلا للأشخاص أو السلطات (بما في ذلك المحاكم والهيئات الإدارية) التي تعمل في مجال تقدير ، أو تحصيل أو تنفيذ أو إقامة الدعوى فيما يختص بـ ، أو البت في الطعون المتعلقة بالجرائم المشمولة بهذه الإتفاقية . ولا يستخدم هؤلاء الأشخاص أو السلطات تلك المعلومات إلا لمثل هذه الغرض . ويجوز لهم إفشاء المعلومات في إجراءات المحكمة العلنية أو في الأحكام القضائية .
- ٢ - لا يجوز بأي حال تفسير أحكام الفقرة (١) بما يرمي إلى إزام دولة متعاقدة :
- أ - بتنفيذ إجراءات إدارية مخالفة للقوانين أو الممارسات الإدارية بتلك الدولة المتعاقدة أو بالدولة المتعاقدة الأخرى .
- ب - بتقديم معلومات لأتمكن الحصول عليها بموجب القوانين أو النظم الإدارية المعتمدة فيها أو في الدولة المتعاقدة الأخرى .

بكماله أو معظمه من أنشطة من القسم (أ) الفقرة (أ) والبنود من (أ) إلى (ج) الفقرة (ج) من القانون **الألماني** (GERMAN STAVVERGESETZ¹²)

الساري المفعول في وقت توقيع الإتفاقية .

في مثل هذه الحالة ، فإن الغريبة المدفوعة بموجب قوانين دولة الكويت ووفقاً لهذه الإتفاقية عن بنود الدخل ورأى المال المذكورة أعلاه - مع الأخذ في الإعتبار قانون الغريبة الألماني الخاص بضم الغريبة الأجنبية - يصح بخصمها مقابل غريبة الدخل أو غريبة الفركات الألمانية التي تدفع عن بنود الدخل هذه أو مقابل غريبة رأى الحال الألمانية التي تدفع عن بنود رأى المال هذه .

٢ - تحدد الغريبة في حالة العقيم في دولة الكويت وفقاً لأحكام القانون الداخلي لدولة الكويت .

مادة (٢٥)

إجراءات الإتفاق المتبادل

١ - حيثما يعتبر شخصياً إجراءات إحدى الدولتين المتعاقدين أو كلبيهما تؤدي أو سود تؤدي بالنسبة له إلى فرض غريبة لا تتفق مع أحكام هذه الإتفاقية ، فإنه يمكنه بصرف النظر عن وسائل العلاجة المنسوبة إليها في القوانين الداخلية لتلك الدولتين ، أن يعرض قضيته على السلطة المختصة في الدولة المتعاقدة التي يكون مقيناً بها ويجب أن تعرف القضية خلال ثلاثة أيام من أول إخطار بالإجراء الذي أدى إلى فرض غريبة لا تتفق مع أحكام هذه الإتفاقية .

٢ - يتبعين على السلطة المختصة ، إذا بدا لها الاعتراض موسغاً وإذا لم تكن هي ذاتها قادرة على التوصل إلى حل صريح ، تسوية القضية عن طريق الإتفاق المتبادل مع السلطة المختصة بالدولة المتعاقدة الأخرى بقصد تجنب فرض غريبة لا تتفق مع هذه الإتفاقية . وينفذ أي إتفاق يتم التوصل إليه بصرف النظر عن أي مهلة قانونية يحددها القانون الداخلي في الدولتين المتعاقدين

لأغراض الضريبة على رأس المال ، تستبعد أيها من الأساي الذي تفرض عليه الضريبة الألمانية ، أو ملكية لأهيم استبعد حمة أرباحها أو تستبعد ، إن تم دفعها ، طبقاً للجملة السابقة مباشرة ، من الأساي الذي تحسب عليه الضريبة الألمانية .

ب - مع مراعاة أحكام قانون الضريبة الألماني الخالي بضم الضريبة الأجنبية ، يصح بالضم مقابل ضريبة الدخل وضريبة الشركات الألمانية المستحقة الدفع عن بنود الدخل التالية التي تنشأ في دولة الكويت بالنسبة للضريبة المدفوعة بموجب قوانين دولة الكويت ووفقاً لهذه الاتفاقية عن :

- (١) أرباح أهيم التي لم تعامل في البند (١) ،
- (٢) الأتاوات التي تطبق عليها المادة (١٢) ،
- (٣) المكافأة التي تطبق عليها المادة (١٦) ،
- (٤) الدخل الذي تطبق عليه المادة (١٧) ،
- (٥) الدخل من الأموال غير المنقوله الذي تطبق عليه المادة (٦) . ولainطبق هذا النحو إذا كانت الأموال غير المنقوله التي ينشأ عنها ممثل هذا الدخل مرتبطة ارتباطاً فعلياً بمنشأة دائمة كالمشار اليهافي المادة (٢) وتقع في دولة الكويت ، أو بمرتكز ثابت كالمشار اليهافي المادة (١٤) ويقع في دولة الكويت مالم تحول أحكام البند (ج) دون تطبيق أحكام البند (١) على أرباح المنشأة الدائمة .

ج - لاتطبق أحكام البند (١) على الأرباح ورأس المال المتمثل في أموال منقوله وغير منقوله تشكل جزءاً من الملكية التجارية لمنشأة دائمة ، وعلى الأرباح من نقل ملكية مثل هذه الأموال ، وعلى أرباح أهيم التي تدفعها شركة وعلى ملكية أهيم في شركة ، شريطة أن يثبت المقيم المعنوي في جمهورية المانيا الاتحادية أن إجمالي دخل المنشأة الدائمة أو الشركة مكتسب

٢ - يشترط للإعفاء من الضريبة الألمانية بموجب الفقرتين (١) و (٢) تأكيد السلطة المختصة بدولة الكويت بأن الشروط الأساسية المذكورة تحت الفقرتين (١) و (٢) قد تم استيفاؤها . و إذا توفر لدى سلطات جمهورية ألمانيا الاتحادية دليل يلقي الثقل على البيانات التي يدلّى بها الشخص الذي يخصه الدخل أو رأس المال ، والتي أكدتها السلطة المختصة بدولة الكويت ، فإن السلطة المختصة بجمهورية ألمانيا الاتحادية ستقدم ذلك الدليل إلى السلطة المختصة بدولة الكويت ، وتقوم الأخيرة بإيجاره تحريرات جديدة وإبلاغ السلطة المختصة بجمهورية ألمانيا الاتحادية بالنتائج . وفي حالة عدم الاتفاق بين السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدتين ، يطبق الإجراء المنصوص عليه بالمادة (٢٥) .

ماداة (٢٤)

الإعفاء من الإزدواج الضريبي

- ١ - تحدد الضريبة في حالة العقيم بجمهورية ألمانيا الاتحادية كالتالي :
- ٢ - مالم تطبق أحكام البند (ب) يستبعد من الأساي الذي تفرض عليه الضريبة الألمانية أي بند للدخل ينشأ في دولة الكويت ، وأى بند لرأسمال يقع داخل دولة الكويت ، والذي يمكن طبقاً لهذه الاتفاقية - أن ينفع للضريبة في دولة الكويت . إلا أن جمهورية ألمانيا الاتحادية تحتفظ بالحق في أن تأخذ في الاعتبار لدى تحديد نسبة ضريبتها بنود الدخل ورأس المال التي استبعدت على هذا النحو .

في حالة الدخل من أرباح الأسهم ، تطبق الأحكام المتقدمة فقط على أرباح الأسهم التي تدفع إلى شركة (لاتشمل شركات التضامن) تكون مقيمة في جمهورية ألمانيا الاتحادية بواسطة شركة تكون مقيمة في دولة الكويت ويكون ١٠ بالمائة على الأقل من رأس المال المملوكي مباشرة للشركة الألمانية .

مادة (٢٢)

قيود على المزايا

١ - بالرغم من تطبيق المواد الأخرى من الاتفاقية فيما يتعلق بالضريبة في جمهورية ألمانيا الاتحادية ، يمكن للمذكورين فيما بعد فقط المقيمين في دولة الكويت أن يستفيدوا من المواد (١٠) و (٨) و (١٥) و (٢١) و (٢٢) :

دولة الكويت :

- مؤسسة حكومية تابعة لدولة الكويت حسبما عرفها البند (ج) من الفقرة (٢) من المادة (٤) .
 شركة ، شريطة أن تتمكن مثل هذه الشركة من إثبات أن ٦٥ بالمائة على الأقل من رأس المال مملوکة ملكية نفعية لدولة الكويت و / أو لمؤسسة حكومية تابعة لدولة الكويت ، وأن تقدم دليلاً كافياً بأن باقي رأس المال مملوکة ملكية نفعية لمقيمين آخرين في دولة الكويت وأنهم يسيطرون على الشركة .

وبالرغم من أحكام الجملة الأولى من هذه الفقرة ، يمكن أيضاً للمذكورين فيما بعد من المقيمين في دولة الكويت أن يستفيدوا من تطبيق المادتين ١٠ و ١١ والفرقة (٤) من المادة ٢٢ :

- فرد ،
 شركة ، شريطة أن تتمكن مثل هذه الشركة من تقديم دليل كاف على أن رأس المال مملوکة ملكية نفعية كاملة لمقيمين في دولة الكويت و / أو لمؤسسة حكومية تابعة لدولة الكويت و / أو لمقيمين آخرين في دولة الكويت وأنهم يسيطرون على الشركة .

٢ - شرط أساسي آخر للإعفاء من الضرائب الألمانية بموجب الفقرة (١) هو أن تثبت الشركة المقيمة في دولة الكويت أنه لم يكن الغرض الرئيسي للشركة ، أو لمراعاة أعمالها ، أو لامتلاكها أو احتفاظها بأصولها أو الممتلكات الأخرى التي أكتسبت منها الدخل موضوع الإعفاء ، هو أن تحمل على أي من تلك المزايا لفائدة شخص ليس مقيماً في دولة الكويت .

وهو مقيم في دولة متعاقدة يزاول عمله في الدولة المتعاقدة الأخرى عن طريق منشأة دائمة تقع فيها ، أو يؤدي في تلك الدولة الأخرى خدمات شخصية مستقلة من مركز ثابت يقع فيها ، ويكون الحق أو الأموال التي يدفع هذا الدخل بخصوصها مرتبطة ارتباطا فعليا بمثل تلك المنشآة الدائمة أو المركز الثابت ، وفي تلك الحالة تطبق أحكام المادة (٢) أو المادة (١٤) حسبما تكون الحالة .

ماداة (٢٢)

رأى المال

- ١ - رأى المال المتمثل في أموال غير منقولة كالمنشار إليها في المادة (٦) والمملوكة لمقيم في دولة متعاقدة وتقع في الدولة المتعاقدة الأخرى ، يجوز إخضاعه للضريبة في تلك الدولة الأخرى .
- ٢ - رأى المال المتمثل في أموال منقولة تشكل جزءاً من الممتلكات التجارية لمنشأة دائمة يملكها مشروع دولة متعاقدة في الدولة المتعاقدة الأخرى ، أو رأى المال المتمثل في أموال منقولة تابعة لمركز ثابت يتتوفر لمقيم دولة متعاقدة في الدولة المتعاقدة الأخرى لغرض أداء خدمات شخصية مستقلة ، يجوز إخضاعه للضريبة في تلك الدولة الأخرى .
- ٣ - رأى المال المتمثل في السفن والطائرات العاملة في مجال النقل الدولي ، أو في أموال منقولة متعلقة بتشغيل مثل هذه السفن أو الطائرات يخضع للضريبة فقط في الدولة المتعاقدة التي يقع فيها مركز الإدارة الفعلي للمشروع .
- ٤ - كافة عناصر رأى المال الأخرى لمقيم في دولة متعاقدة تخضع للضريبة في تلك الدولة فقط .

للفرق التدريس أو القاء محاضرات أو القيام بابحاث في مثل هذه المؤسسة ، والذى يكون أو كان قبل تلك الزيارة مباشرة ، مقيما في الدولة المتقدمة الأخرى ، يعفى من الفرصة في الدولة المذكورة أولاً عن مكافأته مقابل مثل هذا النشاط ، شريطة أن يكون قد اكتسب مثل هذه المكافأة من خارج تلك الدولة .

٢ - الغردد الذي يتواجد في دولة متعاقدة فقط :

- ١ - كطالب في جامعة أو كلية أو مدرسة في تلك الدولة المتعاقدة ،
 - ب - محترف مهني (شاملًا في حالة جمهورية ألمانيا الاتحادية المتطرع والممارس) ،
 - ج - مستفيد من منحة أو بدل أو جائزة غرضها الأساسي الدراسة أو البحث من منظمة دينية أو خيرية أو علمية أو تربوية ، أو
 - د - عضو في برنامج تعاون فني شارك فيه حكومة تلك الدولة المتعاقدة ، والذي يكون ، أو كان قبل زيارته تلك الدولة مباشرة مقيمًا بالدولة المتعاقدة الأخرى ،
يعنى من الغريبة في الدولة المتعاقدة المذكورة أولاً فيما يتعلق بالمبانى المحولة من الخارج لغراضى معيشته أو تعليميه أو تدريسيه .

مساورة (٢)

الدفل الأخضر

- ١ - بحدود دخل المقيم في دولة متعاقدة ، أيا كان مشارها ، والتي لم تتناولها المواد السابقة من هذه الإتفاقية ، تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة .

٢ - لاتطبق أحكام الفقرة (١) على دخل ، خلاف الدخل من الأموال غير المتنقلة حسبماعرفته الفقرة (٢) من المادة (٦) اذا كان المستفيد من هذا الدخل ،

مادة (١٩)

الخدمة الحكومية

١ - المكافآت بما في ذلك المعاشات التقاعدية التي تدفعها دولة متعاقدة أو أرث تابعة لها أو قسم سياسي فرعي أو سلطة محلية خاصة بها، إلى أي فرد مقابل خدمات أدأها لتلك الدولة أو الأرث أو القسم أو السلطة ، تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة .

و مع ذلك ، فإن هذه المكافآت تخضع للضريبة فقط في الدولة المتعاقدة الأخرى إذا كانت الخدمات قد تم أداؤها في تلك الدولة ، وإذا كان الفرد مقيماً في تلك الدولة وأحد مواطنيها وليس أحد مواطني الدولة المذكورة أولاً .

٢ - تطبق أحكام المواد (١٥) و (١٦) و (١٨) على المكافآت والمعاشات التقاعدية المتعلقة بخدمات تم أداؤها وأرتبطت بعمل زائرته دولة متعاقدة ، أو أرث أو قسم سياسي فرعي أو سلطة محلية خاصة بها .

٣ - تطبق أحكام الفقرة (١) أيها على المكافآت المدفوعة ، بموجب برنامج مساعدة تنمية في دولة متعاقدة أو أرث تابعة لها أو قسم سياسي فرعي لها أو سلطة محلية خاصة بها ، من أموال مقدمة فقط من تلك الدولة أو الأرث أو القسم السياسي أو السلطة المحلية التي خبير اختصاصي أو متخصص معنار إلى الدولة المتعاقدة الأخرى بموافقة تلك الدولة الأخرى .

مادة (٢٠)

المدرسوں والطلاب والمتدربون

١ - الفرد الذي يزور دولة متعاقدة بناءً على دعوة من تلك الدولة ، أو من جامعة أو كلية أو مدرسة أو متحف أو مؤسسة ثقافية أخرى بتلك الدولة ، أو بموجب برنامج رسمي للتبادل الثقافي ، لفترة لا تتجاوز عامين فقط

ماده (١٢)

الفنانون والرياضيون

- ١ - على الرغم من أحكام المادتين (١٤) و (١٥)، فإن الدخل الذي يكتبه متيم في دولة متعاقدة بصفته فناناً كمثل المسرح أو السينما أو الإذاعة أو التلفزيون، أو موسيقياً، أو رياضياً، من أنشطته الخنية التي مارسها بهذه الصفة في الدولة المتعاقدة الأخرى، يجوز إخضاعه للضريبة في تلك الدولة الأخرى.
- ٢ - حيثما يتحقق دخل، مقابل أنشطة خنية زاولها فنان أو رياضي بصفته المذكورة، ليس لل الفنان أو للرياضي نفسه، ولكن لشخه آخر، فإن ذلك الدخل، وبالرغم من أحكام المواد (٢) و (١٤) و (١٥) يجوز إخضاعه للضريبة في الدولة المتعاقدة التي تمت فيها ممارسة أنشطة الفنان أو الرياضي.
- ٣ - لا تطبق أحكام الفقرتين (١) و (٢) إذا كانت زيارة الفنانين أو الرياضيين إلى دولة متعاقدة قد تمت بدعم كلي أو جوهري من الأموال العامة بالدولة المتعاقدة الأخرى أو بأمرها تابعة لها أو قسم سياسي فرعاني لها أو سلطة محلية خاصة بها.

ماده (١٨)

المعاشات التقاعدية

مع مراعاة أحكام الفقرة (٢) من المادة (١٩)، فإن المعاشات التقاعدية والمكافآت الأخرى المماثلة التي تدفع لمقيم في دولة متعاقدة مقابل خدمة سابقة، تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة.

مادة (١٥)**الخدمات الشخصية التابعة**

- ١ - مع مراعاة أحكام المواد (١٦) و (١٨) و (١٩)، فإن الرواتب والأجور والكافيات الأخرى المعاشرة التي يكتسبها مقيم في دولة متعاقدة فيما يتعلق بوظيفة ، تُخضع للضريبة فقط في تلك الدولة مالم تمارس الوظيفة في الدولة المتعاقدة الأخرى ، فإذا تمت ممارسة الوظيفة في الدولة الأخرى ، فإن مثل هذه الرواتب والأجور والكافيات يجوز إخضاعها للضريبة في تلك الدولة الأخرى باعتبارها مكتسبة فيها .
- ٢ - بالرغم من أحكام الفقرة (١) فإن المكافآت التي يكتسبها مقيم في دولة متعاقدة فيما يتعلق بوظيفة تتم ممارستها في الدولة ، المتعاقدة الأخرى ، تُخضع للضريبة فقط في الدولة المذكورة أولاً وذلك إذا :
- أ - تواجد المستفيد في الدولة الأخرى لفترة أو فترات لا تتجاوز في مجموعها ١٨٣ يوماً في السنة المالية المعنية ، و
- ب - دفعت المكافآت بواسطة ، أو نيابة عن رب عمل غير مقيم في الدولة الأخرى ، و
- ج - لم تتحمل المكافآت منشأة دائمة أو مركز ثابت يملكه رب العمل في الدولة الأخرى .
- ٣ - بالرغم من الأحكام السابقة في هذه المادة ، فإن المكافآت المكتسبة من وظيفة تمارس على متن سفينة أو طائرة يتم تشغيلها في النقل الدولي ، يجوز إخضاعها للضريبة في الدولة المتعاقدة التي يقع فيها مركز الإدارة الفعلى للمشروع .

مادة (١٦)**أتعاب أعضاء مجلس الإدارة**

أتعاب أعضاء مجلس الإدارة والمدفوعات الأخرى المعاشرة التي يكتسبها مقيم في دولة متعاقدة بمفهوم عضواً في مجلس إدارة شركة مقيمة في الدولة المتعاقدة الأخرى ، يجوز إخضاعها للضريبة في تلك الدولة الأخرى .

- ٤ - الأرباح الناتجة من نقل ملكية الأموال المنقولة التي تشكل جزءاً من الممتلكات التجارية لمنشأة دائمة يملكتها مشروع دولة متعاقدة في الدولة المتعاقدة الأخرى ، أو أموال منقولة متعلقة بمركز ثابت يتوفّر لعمقها من دولة متعاقدة في الدولة المتعاقدة الأخرى لغرض أداء خدمات خصمية متقللة ، بما في ذلك الأرباح التي تنشأ من نقل ملكية مثل هذه المنشأة الدائمة (وحدها أو مع كل المشروع) أو مثل هذا المركز الثابت ، يجوز إخضاعها للضريبة في تلك الدولة الأخرى .
- ٥ - الأرباح الناتجة من نقل ملكية السفن أو الطائرات العاملة في مجال النقل الدولي أو الأموال المنقولة المتعلقة بتشغيل مثل هذه السفن أو الطائرات تخضع للضريبة فقط في الدولة المتعاقدة التي يقع فيها مركز الإدارة الفعلى للمشروع .
- ٦ - الأرباح الناتجة من نقل ملكية أي أموال غير تلك المشار إليها في الفقرات (١) إلى (٢) تخضع للضريبة فقط في الدولة المتعاقدة التي يقيم فيها المتردف في الملكية .

مادة (١٤)

الخدمات الخصمية المستقلة

- ١ - ينفع الدخل الذي يكتبه مقيم في دولة متعاقدة فيما يتعلق بالخدمات المهنية ، أو أنشطة أخرى ذات طبيعة مستقلة للضريبة فقط في تلك الدولة مالم يكن له مركز ثابت متاح بصفة منتظمة في الدولة المتعاقدة الأخرى لغرض أداء أنشطته . فإن كان له مثل هذا المركز الثابت ، يجوز إخضاع الدخل للضريبة في الدولة المتعاقدة الأخرى ولكن فقط بالقدر الذي ينبع إلى ذلك المركز الثابت .
- ٢ - تشمل عبارة الخدمات المهنية بوجه خاص ، الأنشطة العلمية والأدبية والفنية والعلمية والتربيوية المستقلة وكذلك الأنشطة المستقلة التي يزاولها أطباء ومهندسو المحامون والمعماريون وأطباء الأسنان والمحاسبون .

تلك الدولة الأخرى خدمات شخصية مستقلة من مركز ثابت له يقع فيها ، وكان الحق أو الملكية اللذان تدفع عنهما الأتاوات يرتبطان ارتباطا فعليا بهذه المنشأة الدائمة أو المركز الثابت وفي مثل هذه الحالة ، تطبق أحكام المادة (٢) أو المادة (١٤) حسبما تكون الحالة .

٥ - تعتبر الأتاوات قد نشأت في دولة متعاقدة إذا كان الدافع هو الدولة نفسها أو أرفق تابعة لها أو قسم سياسي فرعى لها ، أو سلطة محلية خاصة بها ، أو مقيم في تلك الدولة . ومع ذلك إذا كان الشخص الدافع للأتاوات ، سواً كان مقينا في دولة متعاقدة أم لا ، يملك في الدولة المتعاقدة منشأة دائمة ، أو مركزا ثابتا ، وكان الإلتزام بدفع الأتاوات يرتبط بهما ، وتحتمل تلك المنشأة الدائمة أو المركز الثابت عبء دفع الأتاوات فإن هذه الأتاوات تعتبر عندئذ قد نشأت في الدولة التي تقع فيها المنشأة الدائمة أو المركز الثابت .

٦ - حيثما حدث ، بسبب علاقة خاصة بين الدافع والمالك المنتفع أو بين الإثنين معا وبين شخص آخر ، أن تجاوزت قيمة الأتاوات ، مسح مراعاة الإستعمال أو الحق أو المعلومات التي تدفع مقابلها لها ، القيمة التي كان من الممكن أن يتم الإتفاق عليها بين الدافع والمالك المنتفع في غياب مثل هذه العلاقة ، فلا تطبق هذه المادة إلا على القيمة المذكورة الأخيرة . وفي مثل هذه الحالة ، يظل الجزء الزائد من المدفوعات خاصا للضريبة وفقا لقوانين كل من الدولتين المتعاقدين مع وجوب مراعاة أحكام الأخرى لهذه الإتفاقية .

مادة (١٤) الأرباح الرأسمالية

١ - يجوز أن تخضع الأرباح التي يحققها مقيم في دولة متعاقدة من نقل ملكية الأموال غير المنقوله المشار إليها في المادة (٦) والواقعة في الدولة المتعاقدة الأخرى ، للضريبة في تلك الدولة الأخرى .

العلاقة ، عندئذ تطبق أحكام هذه المادة على القيمة المذكورة الأخيرة . وفي مثل هذه الحالة ، يظل الجزء الزائد من المدفوعات خاضعا للضريبة وفقا لقوانين كل من الدولتين المتعاقدتين ، مع وجوب مراعاة الأحكام الأخرى في هذه الاتفاقية .

مادة (١٢)

الأتاوات

١- يجوز أن تخضع الأتاوات (الدخل من حقوق الملكية) التي تنشأ في دولة متعاقدة وتدفع إلى مقيم في الدولة المتعاقدة الأخرى للضريبة في تلك الدولة الأخرى .

٢- ومع ذلك يجوز أن تخضع أيها تلك الأتاوات للضريبة في الدولة المتعاقدة التي تنشأ فيها ووفقا لقانون تلك الدولة ، ولكن إذا كان المستفيد هو المالك المنتفع بالأتاوات فإن الضريبة المفروضة يجب ألا تزيد عن ١٥ بالمائة من القيمة الإجمالية للأتاوات .

٣- يعني مطلع «الأتاوات» حسب استخدامها في هذه المادة المدفوعات من أي نوع التي يتم أسلامها ك مقابل لاستعمال أو حق إستعمال أي حقوق نشر عمل أدبي أو فني أو علمي بما في ذلك الأفلام السينمائية وأى براءة اختراع ، أو علامة تجارية ، أو تصميم أو نموذج ، أو مخطط ، أو تركيبة أو عملية إنتاجية سرية ، أو لاستعمال ، أو حق إستعمال معدات صناعية ، أو تجارية ، أو علمية أو معلومات متعلقة بالخبرة الصناعية أو التجارية أو العلمية . ولا تشمل عبارة الأتاوات المدفوعات المتعلقة بتقديم الخدمات بما في ذلك الخدمات الإستشارية .

٤- لا تطبق أحكام المقتضى (١) و (٢) إذا كان المالك المنتفع بالأتاوات مقيما في دولة متعاقدة ، يزاول نشاطا في الدولة المتعاقدة الأخرى التي نشأت فيها الأتاوات عن طريق منشأة دائمة تقع فيها ، أو يؤدى في

٢ - يعني ممطلغ "فائدة" حسب استخدامها في هذه المادة الدخل الناشئ من مطالبات الدين بكل أنواعها سواء كانت مضمونة برهن أم لا ، وسواء كانت تشمل حق المساهمة في أرباح المدين أم لا، وعلى وجه الخصوص ، الدخل من الأوراق المالية الحكومية ، والدخل من السندات أو سندات الدين بما في ذلك علاوات الإصدار والجوازات المرتبطة بمثل هذه الأوراق المالية والسندات أو سندات الدين .

٣ - لاتطبق أحكام الفقرة (١) إذا كان المالك المنتفع بالفائدة ، مقينا في دولة متعاقدة ويزاول نشاطا في الدولة المتعاقدة الأخرى التي تنشأ فيها الفائدة عن طريق منشأة دائمة تقع فيها ، أو يباشر في تلك الدولة الأخرى خدمات شخصية مستقلة من مركز ثابت يقع فيها وتكون المطالبة بالدين التي تدفع عنها الفائدة مرتبطة بارتباطها فعليا بالمنشأة الدائمة أو المركز الثابت وفي مثل هذه الحالة ، تطبق أحكام المادة (١٤) أو المادة (١٤) حبما تكون الحالة .

٤- تعتبر الفائدة قد نشأت في دولة متعاقدة ، عندما يكون الدافع هو الدولة نفسها ، أو أرض تابعة لها ، أو قسم سياسي مرعى لها ، أو سلطة محلية خاصة بها ، أو مقيم في تلك الدولة . غير أنه حيثما كان للشخص الذي يدفع الفائدة منشأة دائمة أو مركز ثابت في دولة متعاقدة - سواء كان مقينا في دولة متعاقدة أم لا - وكانت تلك المديرية التي تدفع عنها الفائدة ترتبط بارتباطها فعليا بالمنشأة الدائمة أو المركز الثابت ، وتحملت تلك المنشأة الدائمة أو المركز الثابت عبء هذه الفائدة ، فإن مثل هذه الفائدة تعتبر عندئذ قد نشأت في الدولة التي تقع فيها المنشأة الدائمة أو المركز الثابت .

ـ حيثما يتبيّن ، إسندادا إلى علاقة خاصة بين الدافع والمالك المنتفع ، أو بين الإثنين معا وبين شخص آخر ، أن قيمة الفائدة ، مع مراعاة المطالبة بالدين التي تدفع عنها ، تتجاوز القيمة التي يمكن أن يكون قد تم الاتفاق عليها بين الدافع والمالك المنتفع في غياب مثل هذه

٤ - لاتنطبق أحكام الفقرتين (١) و (٢) اذا كان المالك المنتفع من أرباح الأسم المقيم في دولة متعاقدة ، يباشر شاططا في الدولة المتعاقدة الأخرى التي تقيمها الشركة التي تدفع أرباح الأسم من خلال منشأة دائمة تقع فيها أو يؤدي في تلك الدولة الأخرى خدمات شخصية مستقلة من خلال مركز ثابت موجود فيها ، وكانت ملكية الأسم التي تدفع ببها أرباح الأسم مرتبطة ارتباطا فعليا بهذه المنشأة الدائمة أو المركز الثابت وفي مثل هذه الحالة تطبق أحكام المادة (٢) أو المادة (١٤) حسبما تكون الحالة .

٥ - اذا حققت شركة مقيدة في دولة متعاقدة أرباحا أو دخلا من الدولة المتعاقدة الأخرى ، فلا يجوز لتلك الدولة الأخرى أن تصرف أي ضريبة على أرباح الأسم التي تدفعها الشركة ، إلا بقدر ما تدفع مثل هذه الأرباح الشركة المقيدة بتلك الدولة الأخرى ، أو بالقدر الذي تكون بموجبه ملكية الأسم التي تدفع عنها أرباح مرتبطة ارتباطا فعليا بمنشأة دائمة أو مركز ثابت في تلك الدولة الأخرى وكذلك لا يجوز إخضاع أرباح الشركة غير الموزعة لضريبة أرباح الشركة غير الموزعة ، حتى لو كانت أرباح الأسم المدفوعة أو الأرباح غير الموزعة قد شئت كلها أو جزئيا من أرباح أو محل في تلك الدولة الأخرى .

مادة (١١)

الفائدة

١ - تُفعَّل العائدة التي تنشأ في دولة متعاقدة والتي تدفع إلى مقىِّم في الدولة المتعاقدة الأخرى للضرائب في تلك الدولة الأخرى فقط اذا كان ذلك المقىِّم هو المالك المنتفع بالفائدة .

مادة (١٠)

أرباح أوسما

- يجوز أن تخضع أرباح الأسماء التي تدفعها شركة مقيدة في دولة متعاقدة إلى مقيم في الدولة المتعاقدة الأخرى للضريبة في تلك الدولة الأخرى .

- ومع ذلك يجوز أيها أن تخضع مثل هذه الأرباح للضريبة في الدولة المتعاقدة التي تكون الشركة دافعة أرباح الأسهم مقيدة فيها وفقا لقوانين تلك الدولة ، ولكن إذا كان المستفيد هو المالك المنتفع بأرباح الأسهم ، فإن الضريبة المفروضة في هذه الحالة لا تتجاوز ١٥ بالمائة من إجمالي قيمة أرباح الأسهم ولن تؤثر هذه الفقرة في فرض الضريبة على الشركة فيما يتعلق بأرباح التي تتدفع منها أرباح الأسهم .

٣- تعنى عبارة أرباح الأسم حب استخدامها في هذه المادة :

٤) الأرباح على الأسماء بما في ذلك الدخل من الأسماء ، وأسماء الانتفاع أو حقوق الانتفاع وأسماء التعدين ، وأسماء المؤسسات أو الحقوق الأخرى التي لا تمثل مطالبات ديون ، والمكاسب في الأرباح ، و

ب) أي دخل آخر خاضع لنفس المعاملة الضريبية باعتباره دخلاً من الأهم بموجب قوانين الدولة التي تكون بها الشركة القائمة بالتوزيع مقيمة فيها ، ولفرض الضريبة في جمهورية المانيا الاتحادية الدخل الذي يكتبه شريك فروص من مساهمته بهذه الصفة والتوزيعات على شهادات الاستثمار .

مادة (٨)

النقل البحري والجوى

- ١ - تخضع الأرباح الناتجة من تشغيل متن أو طائرات في حركة النقل الدولي للضرائب فقط في الدولة المتعاقدة التي يقع فيها مركز إداراة الفعلى للمشروع .
- ٢ - اذا كان مركز إداراة الفعلى للمشروع ملاحي يقع على متن سفينة ، فإنه يعتبر وبالتالي واقعا في الدولة المتعاقدة التي يقع فيها موطن ميناء السفينة ، أو ، إن لم يوجد مثل هذا الموطن ، في الدولة المتعاقدة التي يقيم فيها ممثل السفينة .
- ٣ - تطبق أحكام الفقرة (١) أيضا على الأرباح الناتجة من المساهمة في اتحاد أو عمل مشترك أو في وكالة تدار على المستوى الدولي .

مادة (٩)

المشروعات المشتركة

حيثما:

- أ - يساهم مشروع في دولة متعاقدة بعوره مباشرة أو غير مباشرة في إداراة أو الرقابة أو في رأس المال مشروع في الدولة المتعاقدة الأخرى ، أو
- ب - يساهم نفس الأشخاص بعوره مباشرة أو غير مباشرة في إداراة أو الرقابة أو في رأس المال مشروع في دولة متعاقدة ومشروع في الدولة المتعاقدة الأخرى ،
- وفي أي من الحالتين ، اذا وضعت أو فرضت شروط فيما بين المشروعين في علاقتهما التجارية أو المالية تختلف عن تلك التي يمكن وضعها بين

تنسب في كل دولة متعاقدة إلى تلك المنشأة الدائمة الأرباح التي يمكن أن يتوقع لها تحقيقها فيما لو كان المشروع متثيراً ومستقلاً يباشر نفس الأنشطة أو أنشطة مشابهة في نفس الظروف أو في ظروف مشابهة وتعامل بصورة مستقلة تماماً مع المشروع الذي يعتبر منشأة دائمة له .

٣- عند تحديد أرباح منشأة دائمة ، يصح بضم المعرفات المتکبدة لأغراض المنشأة الدائمة بما في ذلك المعرفات التنفيذية والإدارية العمومية سواء تم تکبدها في الدولة التي توجد فيها المنشأة الدائمة أو في أي مكان آخر . ويطبق النحو المتقدم بعض النظر عن القيود المنصوص عليها في القوانين الداخلية شريطة أن تكون المعرفات المسموح بضمها متوافقة مع الأعراف الدولية .

٤- إذا جرى العرف في دولة متعاقدة على تحديد الأرباح التي تنسب إلى منشأة دائمة على أساس تقسيم نسي للأرباح الكلية للمشروع على مختلف أجزائه ، فإن أحكام الفقرة (٢) لا تمنع تلك الدولة المتعاقدة من تحديد الأرباح الخاضعة للفريبة على أساس مثل هذا التقسيم النسي الذي جرى عليه العرف غير أن طريقة التقسيم النسي المتبع يجب أن تؤدي إلى نتيجة تتفق مع المبادئ المتفق عليها في هذه المادة .

٥- لا تنسب أرباح لمنشأة دائمة أستناداً إلى مجرد قيام تلك المنشأة الدائمة بشرأٍ ملء أو بقائع للمشروع .

٦- لأغراض النقرات السابقة ، تحدد الأرباح التي تنسب إلى المنشأة الدائمة بنفس الطريقة عاماً بعام ما لم يوجد سبب قوى وكاف للعمل بغير ذلك .

٧- حيثما تشتمل الأرباح على عناصر للدخل التي تمت معالجتها على حدة فسيمواد أخرى من الإتفاقية ، فإن أحكام تلك المواد لن تنأثر بأحكام هذه المادة .

- ٢ - يتم تعريف عبارة "الأموال غير المنقوله" وفقا لقانون الدولة المتعاقده التي توجد فيها الأموال المعنية . وعلى أي حال فإن العبرة تشتمل على الملكية الملحقه بالأموال غير المنقوله ، والماشية والآلات المستخدمة في الزراعة واستغلال الغابات ، والحقوق التي تطبق بشأنها أحكام القانون العام المتعلقة بملكية الأراضي ، وحق الإستفهام بالأموال غير المنقوله والحقوق في المدفوعات المتقدمة أو الشابه كمقابل الإستغلال ، أو الحق في إستغلال التربات المعدنيه ومصادر المياه وغيرها من الموارد الطبيعية الأخرى ، ولا تعتبر السفن والزوارق والطائرات من الأموال غير المنقوله .
- ٣ - تطبق أحكام الفقرة (١) على الدخل الناتج من إستخدام الأموال غير المنقوله بموره مباشرة أو تأجيرها أو إستغلالها بأى شكل آخر .
- ٤ - تطبق أحكام الفقرتين (١) و (٢) أيضا على الدخل من الأموال غير المنقوله للمشروع ، وعلى الدخل من الأموال غير المنقوله المستخدمة لأداء خدمات خصمه مستقلة .

مادة (٢)

أرباح الأعمال

- ١ - تخضع أرباح مشروع في دولة متعاقده للضريبه فقط في تلك الدولة ما لم يباشر المشروع نشاطا في الدولة المتعاقده الأخرى عن طريق منشأه دائمه قائمه فيها . فإذا باشر المشروع نشاطا كالذكور آنفا ، يجوز إخضاع أرباح المشروع للضريبه في الدولة الأخرى ولكن فقط بالقدر الذي يمكن أن ينسب منها إلى تلك المنشأه الدائمه .
- ٢ - مع مراعاه أحكام الفقرة (٢)، حيثما يباشر مشروع في دولة متعاقده نشاطا في الدولة المتعاقده الأخرى عن طريق منشأه دائمه قائمه فيها ،

صلاحية إبرام العقود باسم المشروع في دولة متعاقدة وأعتاد على ممارسة هذه الصلاحية ، فإن ذلك المشروع يعتبر أن لديه منشأة دائمة في تلك الدولة فيما يتعلق بأى أنشطة يقوم بها ذلك الشخص للمشروع مالم تقتصر أنشطة مثل هذا الشخص على تلك التي ذكرت في الفقرة (٤) والتي - اذا تمت ممارستها من خلال مقر ثابت للعمل - لا يجعل من هذا المقر الثابت للعمل منشأة دائمة بموجب أحكام تلك الفقرة .

٦ - لا يعتبر أن يكون للمشروع منشأة دائمة في دولة متعاقدة لمجرد أنه يتعامل في تلك الدولة من خلال سمار أو وكيل عام بالعمولة أو أى وكيل آخر لى وضع مستقل شريطة أن يعمل مثل هؤلاء الأشخاص في مجال أعمالهم الإعتيادية . غير أنه اذا كرس مثل هذا الوكيل كل أنشطته أو كلها تقريباً لصالح ذلك المشروع ، فإنه لن يعتبر وكيلاً إذا وضع مستقل فمن ماتعنيه هذه الفقرة .

٧ - أن تكون شركة مقيمة في دولة متعاقدة تسيطر على شركة ، أو تسيطر عليها شركة مقيمة بالدولة المتعاقدة الأخرى ، أو تزاول عملاً في تلك الدولة الأخرى (سواءً من خلال منشأة دائمة أو خلافه) ، فإن ذلك الواقع لا يجعل في حد ذاته أى من الشركتين منشأة دائمة للشركة الأخرى .

ماده (٦)

الدخل الناتج عن الأموال غير المنقولة

١ - الدخل الذى يحصل عليه مقيم في دولة متعاقدة ، من الأموال غير المنقولة (بما في ذلك الدخل من الزراعة أو استغلال الغابات) الكائنة في الدولة المتعاقدة الأخرى ، يجوز إخضاعه للمرتبة في تلك الدولة الأخرى .

- و - منجم ، بئر نفط أو غاز ، محجر أو أي مكان آخر لاستخراج الموارد الطبيعية .
- ٣ - يشكل موقع بناً أو تشييد أو مشروع تركيب منشأة دائمة فقط إذا استمر لمدة تزيد على تسعة شهور .
- ٤ - بالرغم من الأحكام المتقدمة بهذه المادة ، فإن عبارة منشأة دائمة لا تشمل الآتي :
- أ) استخدام التسهيلات فقط لغرض تخزين أو عرض أو تسليم السلع أو البضائع المملوكة للمشروع .
 - ب) الاحتفاظ بمخزون من السلع أو البضائع المملوكة للمشروع فقط لغرض التخزين أو العرض أو التسليم .
 - ج) الاحتفاظ بمخزون من السلع أو البضائع المملوكة للمشروع فقط لغرض تعديتها براستة مشروع آخر .
 - د) الاحتفاظ بمقر ثابت للعمل فقط لغرض شراء السلع أو البضائع أو جمع المعلومات للمشروع .
 - هـ) الاحتفاظ بمقر ثابت للعمل فقط لغرض مزاولة أي نشاط آخر للمشروع لـ طبيعة تحضيرية أو معادة .
 - و) الاحتفاظ بمقر ثابت للعمل فقط للجمع بما في من الأنشطة المذكورة في البنود (أ) إلى (هـ) شريطة أن يكون مجلـ النشـاط بالمقر الثابت للعمل الناتج عن الجمع بين هذه الأنشطة طبيعة تحضيرية أو معادة .
- ٥ - بالرغم من أحكام المقتربتين (١) و (٢)، فإنه حيث يعمل شخص ما - خلافاً لوكيل لـ موضوع مستقل تطبق عليه الفقرة (٦) - نيابة عن مشروع ، ولـ

- أ) يعتبر مقينا بالدولة التي يتتوفر له مسكن دائم بها ، فإذا توفر له مسكن دائم في كلتا الدولتين ، يعتبر مقينا في الدولة التي تكون علاقاته الشخصية والاقتصادية بها أوثق (مركز المصالح الحيوية) .
- ب) إذا لم يكن مكانا تحديد الدولة التي بها مركز مصالح الحيوية ، أو لم يتتوفر له مسكن دائم في أي من الدولتين ، يعتبر مقينا في الدولة التي يكون بها مكتنه المعتمد .
- ج) إن كان له مكتن معتمد في كلتا الدولتين ، أو لم يكن له مكتن معتمد بأي منهما ، يعتبر مقينا بالدولة التي يعمر من مواطنيها .
- د) إذا كان من مواطني كلتا الدولتين ، تتولى السلطات المختصة بالدولتين المتعاقدتين تسوية المسألة بالاتفاق المتبادل بينهما .

مسادة (٥)

المنشأة الدائمة

- ١ - لأغراض هذه الإتفاقية ، تعني عبارة "المنشأة الدائمة" المقر الثابت للعمل الذي يتم من خلاله مزاولة نشاط المشروع كليا أو جزئيا .
- ٢ - تشمل عبارة "المنشأة الدائمة" بوجه خاص :

- أ - محل الإدارة
- ب - فرع
- ج - مكتب
- د - مصنع
- هـ - ورشة

المقى
مادة (٤)

- ١ - لأغراض هذه الاتفاقية ، تعني عبارة " مقيم في دولة متعاقدة " :
- أ - في حالة جمهورية المانيا الاتحادية : كل شخص يكون ، بموجب قوانين جمهورية المانيا الاتحادية ، خاضعا فيها لالتزام ضريبي غير محدد.
- ب - في حالة دولة الكويت : أي فرد يكون محل إقامته الدائم في دولة الكويت ويكون من مواطني دولة الكويت ، وكل شركة يتم تأسيسها في دولة الكويت و يكون مركز إدارتها الفعلية فيها .
- ٢ - لأغراض الفقرة (١) أعلاه :
- أ) تعتبر جمهورية المانيا الاتحادية وأقسامها السياسية الفرعية مقيمة في جمهورية المانيا الاتحادية .
- ب) تعتبر دولة الكويت مقيمة في دولة الكويت .
- ج) تعتبر المؤسسات الحكومية ، وفقا لتبعيتها ، مقيمة في جمهورية المانيا الاتحادية أو في دولة الكويت . وتعتبر أي مؤسسة في حكم مؤسسة حكومية طالما أنها حكومة إحدى الدولتين المتعاقدتين - وفي حالة جمهورية المانيا الاتحادية اذا أنشأت تلك المؤسسة حكومة إحدى أقسامها السياسية الفرعية - للقيام بأعمال عامية والتى يعترف لها بهذه الصفة باتفاق متبادل بين السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدتين .
- ٣ - حيثما يكون فرد مقيما في كلتا الدولتين المتعاقدتين وفقا لحكم الفقرة (١) ، فإن وضعه عندئذ سيتحدد كالتالي :

هـ يعني مطلع مواطن :

- ١ - فيما يخترع جمهورية المانيا الإتحادية ، أو ألماني حب المعنى المحدد في المادة ١١٦ فقرة (١) من القانون الأساسي لجمهورية المانيا الإتحادية ، وأى شخص قانوني وشركة تعاون وجمعية تكتسب ذلك الوضع من القانون الساري في جمهورية المانيا الإتحادية .
- ٢ - فيما يخترع بدولة الكويت ، أو فرد حائز على جنسية دولة الكويت وأى شخص قانوني ، شركة تعاون وجمعية تكتسب ذلك الوضع من القانون الساري في دولة الكويت .
- و - تعني عبارة "النقل الدولي" أو نقل بواسطة سفينة أو طائرة يتولى تشغيلها مشروع يقع مركز إدارته الفعلية في دولة متعاقدة ماعدا الحالات التي يتم فيها تشغيل السفينة أو الطائرة فقط فيما بين أماكن تقع في الدولة المتعاقدة الأخرى .
- ز - تعني عبارة "سلطة مختصة" في حالة جمهورية المانيا الإتحادية وزارة المالية الإتحادية ، وفي حالة دولة الكويت وزير المالية .
- ـ - فيما يخترع بتطبيق اتفاقية بواسطة دولة متعاقدة ، فإن أى عبارة لم يرد لها تعریف - وما لم يقتضي سياق النص خلافاً لذلك - يكون لها نفس معناها بموجب قانون تلك الدولة فيما يتعلق بالفراء التي تطبق عليها اتفاقية .

٤ - تطبق هذه الاتفاقية أيها على أي ضرائب مماثلة أو مشابهة في جوهرها والتي تفرض بعد تاريخ توقيع هذه الاتفاقية بالإضافة إلى ، أو بديلا عن الضرائب الحالية .

وفي نهاية كل عام ، تخطر السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدين - إذا لزم الأمر - بعدهما البعض بالتغييرات التي تكون قد طرأت على القوانين الضريبية لكل منهما .

مادة (٢)

تعریف عامة

١ - لأغراض هذه الاتفاقية ، وما لم يقتضي سياق النص خلافا لذلك :

أ - تعني عبارتا "دولة متعاقدة" و "الدولة المتعاقدة الأخرى" جمهورية ألمانيا الاتحادية أو دولة الكويت ، حسبما يتطلب المعنى ، وإذا تم استخدامهما لأغراض هذه الاتفاقية بمعناها الجغرافي ، فإنها تعني أيها المنطقة التي يطبق فيها قانون الضريبة للدولة المتعاقدة المعنية وكذلك الجرف القاري ، البحر الإقليمي أو أي منطقة بحرية أخرى تمارس فيها الدولة المتعاقدة المعنية حقوقا معينة وفقا للقانون الدولي فيما يختص باستكشاف واستغلال الموارد الطبيعية .

ب - يعني مطلع "شخص" فرد وشركة .

ج - يعني مطلع "شركة" أي هيئة ذات شخصية اعتبارية أو أي كيان يعامل كشخصية اعتبارية لأغراض الضريبة .

د - تعني عبارتا "مشروع دولة متعاقدة" و "مشروع الدولة المتعاقدة الأخرى" على التوالي مشروع يباشره مقيم بدولة متعاقدة ومشروع يباشره مقيم بالدولة المتعاقدة الأخرى .

مادة (٢)

الضرائب التي تشملها الـإتفاقية

- ١ - تطبق هذه الـإتفاقية على ضرائب الدخل وضرائب رأس المال المفروضة لصالح دولة متعاقدة أو لصالح أرف أو قسم سياسي فرعى أو سلطة محلية فيها، بغض النظر عن الطريقة التي تفرض بها .
- ٢ - تعتبر من الضرائب على الدخل وعلى رأس المال كل الضرائب المفروضة على إجمالي الدخل أو على جملة رأس المال أو على عناصر الدخل أو رأس المال بما في ذلك الضرائب على الأرباح الناتجة من نقل ملكية الأموال المنقولة وغير المنقولة ، وكذلك الضرائب على زيادة قيمة رأس المال .
- ٣ - الضرائب الحالية التي تطبق عليها هذه الـإتفاقية بوجه خاص هي :
 - أ - في جمهورية ألمانيا الـإتحادية :
 - ضريبة الدخل .
 - ضريبة الشركات .
 - ضريبة رأس المال .
 - الضريبة التجارية .
 (والمثار إليها فيما يلي ب " الضريبة الألمانية ")
 - ب - في دولة الكويت :
 - ضريبة الدخل على الشركات .
 نسبة لا من صافي أرباح الشركات المساهمة التي تدفع إلى مؤسسة الكويت للتقدم العلمي .
 - الركبة .
 (والمثار إليها فيما يلي ب الضريبة الكويتية)

[ARABIC TEXT — TEXTE ARABE]

إتفاقية بين

جمهورية المانيا الاتحادية

و
دولة الكويت

لتجنب الإزدواج الضريبي فيما يتعلق
بالهراء على الدخل ورأى المال
ولتعزيز العلاقات الاقتصادية

إن جمهورية المانيا الاتحادية ودولة الكويت
رغبة منها في تنمية علاقاتهما الاقتصادية
المتبادلة عن طريق إزالة العوائق المالية
قد اتفقنا على ما يلي :

مسادة (١)

النطاق الشخصي

تطبق هذه الاتفاقية على الأشخاص المقيمين في إحدى
الدولتين المتعاقدتين أو كلتاها .

AGREEMENT¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE STATE OF KUWAIT FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL AND FOR THE FOSTERING OF ECONOMIC RELATIONS

The Federal Republic of Germany
and
the State of Kuwait

desiring to promote their mutual economic relations by removing fiscal obstacles,

have agreed as follows:

Article 1
Personal Scope

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2
Taxes Covered

1. This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State, of a Land or a political subdivision or local authority thereof, irrespective of the manner in which they are levied.

2. There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, as well as taxes on capital appreciation.

¹ Came into force on 14 July 1989, i.e., one month from the date of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Kuwait on 14 June 1989, in accordance with article 30 (2).

3. The existing taxes to which this Agreement shall apply are in particular:

- a) in the Federal Republic of Germany:
the Einkommensteuer (income tax),
the Körperschaftsteuer (corporation tax),
the Vermögensteuer (capital tax), and
the Gewerbesteuer (trade tax)
(hereinafter referred to as "German tax");
- b) in the State of Kuwait:
the corporate income tax,
the 5% of the net profits of shareholding companies payable to the Kuwait Foundation of Advancement of Science (KFAS),
the Zakat
(hereinafter referred to as "Kuwaiti tax").

4. The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. At the end of each year, the competent authorities of the Contracting States shall – if necessary – notify each other of changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3

General Definitions

1. For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:
 - a) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean the Federal Republic of Germany or the State of Kuwait, as the context requires, and, if for the purposes of the Agreement used in a geographical sense, the area in which the tax law of the Contracting State concerned is in force, as well as the continental shelf, the territorial sea or any other maritime zone in which the Contracting State concerned exercises certain rights in accordance with international law concerning the exploration and exploitation of natural resources;
 - b) the term "person" means an individual and a company;
 - c) the term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;

- d) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
 - e) the term "national" means:
 - (1) in respect of the Federal Republic of Germany any German within the meaning of Article 116, paragraph (1), of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the law in force in the Federal Republic of Germany;
 - (2) in respect of the State of Kuwait any individual possessing the nationality of the State of Kuwait and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the law in force in the State of Kuwait;
 - f) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
 - g) the term "competent authority" means in the case of the Federal Republic of Germany the Federal Ministry of Finance, and in the case of the State of Kuwait the Minister of Finance.
2. As regards the application of the Agreement by a Contracting State any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that State concerning the taxes to which the Agreement applies.

Article 4

Resident

1. For the purposes of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means:
 - a) in the case of the Federal Republic of Germany, a person who under the laws of the Federal Republic of Germany is subject to unlimited tax liability there;
 - b) in the case of the State of Kuwait, an individual who has his domicile in the State of Kuwait and is a national of the State of Kuwait and a company which is incorporated in the State of Kuwait and has its place of effective management there.

2. For the purposes of paragraph 1 above

- a) the Federal Republic of Germany and its political subdivisions shall be deemed to be a resident of the Federal Republic of Germany,
- b) the State of Kuwait shall be deemed to be a resident of the State of Kuwait,
- c) government institutions shall be deemed, according to affiliation, to be a resident of the Federal Republic of Germany or of the State of Kuwait. Any institution shall be deemed to be a government institution which has been created by the government of one of the Contracting States or, in the case of the Federal Republic of Germany, of its political subdivisions, for the fulfilment of public functions and which is recognized as such by mutual agreement of the competent authorities of the Contracting States.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

Article 5

Permanent Establishment

1. For the purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term "permanent establishment" includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

3. A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than nine months.

4. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies – is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the

enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

6. An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it is dealing in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business. However, when the activities of such an agent are devoted wholly or almost wholly on behalf of that enterprise, he will not be considered an agent of an independent status within the meaning of this paragraph.

7. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

Income from Immovable Property

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

3. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

4. The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

Business Profits

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.
2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.
3. In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere. The foregoing provision is applicable irrespective of limitations provided by the internal laws, provided that the deducted expenses are in accordance with the international practice.
4. Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.
5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.
6. For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

Shipping and Air Transport

1. Profits derived from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

2. If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

3. The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits derived from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

Associated Enterprises

Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article 10**Dividends**

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the dividends.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid:

3. The term "dividends" as used in this Article means

- a) dividends on shares including income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, and
- b) other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident, and for the purpose of taxation in the Federal Republic of Germany, income derived by a sleeping partner from his participation as such and distributions on certificates of an investment trust.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

5. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the

undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

Interest

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State if such resident is the beneficial owner of the interest.

2. The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premium and prizes attaching to such securities, bonds or debentures.

3. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

4. Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision or a local authority thereof or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

5. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the

payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12

Royalties

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the law of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of such royalties.

3. The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial, or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience. The term royalties does not include payments for the furnishing of services, including consultancy services.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

5. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision or a local authority thereof or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

6. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13

Capital Gains

1. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

3. Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1 to 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

Independent Personal Services

1. Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed

base, the income may be taxed in the other State but only so much of it as is attributable to that fixed base.

2. The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15

Dependent Personal Services

1. Subject to the provisions of Articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 16

Directors' Fees

Directors' fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

Artistes and Athletes

1. Notwithstanding the provisions of Articles 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as an athlete, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.
2. Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or an athlete in his capacity as such accrues not to the entertainer or athlete himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or athlete are exercised.
3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the visit of entertainers or athletes to a Contracting State is supported wholly or substantially from public funds of the other Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof.

Article 18

Pensions

Subject to the provisions of paragraph 1 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19

Government Service

1. Remuneration including pensions paid by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State, Land, subdivision or authority shall be taxable only in that State. However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State, if the individual is a resident of that State, a national of that State and not a national of the first-mentioned State.
2. The provisions of Articles 15, 16 and 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof.

3. The provisions of paragraph 1 shall likewise apply in respect of remuneration paid, under a development assistance programme of a Contracting State, a Land, a political subdivision or a local authority thereof, out of funds exclusively supplied by that State, Land, political subdivision or local authority, to a specialist or volunteer seconded to the other Contracting State with the consent of that other State.

Article 20

Teachers, Students and Trainees

1. An individual who visits a Contracting State at the invitation of that State or of a university, college, school, museum or other cultural institution of that State or under an official programme of cultural exchange for a period not exceeding two years solely for the purpose of teaching, giving lectures or carrying out research at such institution and who is, or was immediately before that visit, a resident of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State on his remuneration for such activity, provided that such remuneration is derived by him from outside that State.

2. An individual who is present in a Contracting State solely

- a) as a student at a university, college or school in that Contracting State,
- b) as a business apprentice (including in the case of the Federal Republic of Germany a Volontär or a Praktikant),
- c) as the recipient of a grant, allowance or award for the primary purpose of study or research from a religious, charitable, scientific or educational organisation, or
- d) as a member of a technical cooperation programme entered into by the Government of that Contracting State,

and who is, or was immediately before visiting that State, a resident of the other Contracting State, shall be exempt from tax in the first-mentioned Contracting State in respect of remittances from abroad for the purposes of his maintenance, education or training.

Article 21

Other Income

1. Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22

Capital

1. Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

3. Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23

Limitation on Benefits

1. Notwithstanding the application of the other Articles of the Agreement, with respect to taxation in the Federal Republic of Germany only the following residents of the State of Kuwait may invoke Articles 7, 8, 10 to 15, 21 and 22:

the State of Kuwait;

a government institution of the State of Kuwait as defined in subparagraph c) of paragraph 2 of Article 4;

a company, provided that such company can prove that at least 75 per cent of its capital is beneficially owned by the State of Kuwait and/or by a government institution of the State of Kuwait and give substantial evidence that the remaining capital is beneficially owned by other residents of the State of Kuwait and that the company is controlled by the aforementioned residents.

Notwithstanding the provisions of the first sentence of this paragraph, also the following residents of the State of Kuwait may invoke Articles 10, 11 and paragraph 4 of Article 22:

an individual;

a company, provided that such company can give substantial evidence that its capital is beneficially owned exclusively by the State of Kuwait and/or by a government institution of the State of Kuwait and/or by other residents of the State of Kuwait and that the company is controlled by the aforementioned residents.

2. A further prerequisite for relief from German taxes under paragraph 1 is that the company resident in the State of Kuwait proves that it was not a principal purpose of the company or of the conduct of its business or of the acquisition or maintenance by it of the shareholding or other property from which the income in question is derived to obtain any of such benefits to the advantage of a person who is not a resident of the State of Kuwait.

3. Relief from German taxes under paragraphs 1 and 2 is conditional on confirmation by the competent authority of the State of Kuwait that the prerequisites mentioned in paragraphs 1 and 2 have been fulfilled. If the authorities of the Federal Republic of Germany have evidence which casts doubt on the statements which have been made by the person to whom the income or capital is allocable and which have been confirmed by the competent authority of the State of Kuwait, the competent authority of the Federal Republic of Germany shall present this evidence to the competent authority of the State of Kuwait; the latter shall make fresh inquiries and shall inform the competent authority of the Federal Republic of Germany of the results. In case of disagreement between the competent authorities of the two Contracting States, the procedure under Article 25 shall be applied.

Article 24

Relief from Double Taxation

1. Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

a) Unless the provisions of sub-paragraph b) apply, there shall be excluded from the basis upon which German tax is

imposed, any item of income arising in the State of Kuwait and any item of capital situated within the State of Kuwait, which, according to this Agreement, may be taxed in the State of Kuwait. The Federal Republic of Germany, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital so excluded.

In the case of income from dividends the foregoing provisions shall apply only to such dividends as are paid to a company (not including partnerships) being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of the State of Kuwait at least 10 per cent of the capital of which is owned directly by the German company.

For the purposes of taxes on capital there shall also be excluded from the basis upon which German tax is imposed any shareholding, the dividends of which are excluded or, if paid, would be excluded, according to the immediately foregoing sentence, from the basis upon which German tax is imposed.

- b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German income and corporation tax payable in respect of the following items of income arising in the State of Kuwait the tax paid under the laws of the State of Kuwait and in accordance with this Agreement on:
 - (1) dividends not dealt with in sub-paragraph a);
 - (2) royalties to which Article 12 applies;
 - (3) remuneration to which Article 16 applies;
 - (4) income to which Article 17 applies;
 - (5) income from immovable property to which Article 6 applies. This shall not apply if the immovable property from which such income arises is effectively connected with a permanent establishment referred to in Article 7 and situated in the State of Kuwait or with a fixed base referred to in Article 14 and situated in the State of Kuwait, unless the provisions of sub-paragraph c) preclude the application of the provisions of sub-paragraph a) to the profits of the permanent establishment.
- c) The provisions of sub-paragraph a) shall not apply to the profits of, and to the capital represented by movable and immovable property forming part of the business property of, a permanent establishment and to the gains from the alienation of such property; to dividends paid by, and to the shareholding in, a company; provided that the resident of the Federal

Republic of Germany concerned does not prove that the gross income of the permanent establishment or company is derived exclusively or almost exclusively from activities within the meaning of section 8, paragraph 1, sub-paragraphs 1 to 6, and paragraph 2, of the German Außensteuergesetz as in force at the time of the signing of the Agreement.

In such a case the tax paid under the laws of the State of Kuwait and in accordance with this Agreement on the above-mentioned items of income and capital shall, subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, be allowed as a credit against German income or corporation tax payable on such items of income or against German capital tax payable on such items of capital.

2. Tax shall be determined in the case of a resident of the State of Kuwait in accordance with the provisions of the domestic law of the State of Kuwait.

Article 25

Mutual Agreement Procedure

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Agreement.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

4. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 26

Exchange of Information

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Agreement. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

2. In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*).

Article 27

Miscellaneous

1. The competent authorities of the Contracting States shall mutually agree on arrangements concerning the manner in which the limitations and exemptions contained in the foregoing Articles are to be implemented.

2. It is agreed that the Agreement shall not be interpreted as preventing the Federal Republic of Germany from taxing amounts which under part 4 of the German *Außensteuergesetz* are included in the income of a resident of the Federal Republic of Germany.

Article 28**Diplomatic and Consular Privileges**

1. Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of a diplomatic mission, a consular post or an international organisation under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.
2. Notwithstanding the provisions of Article 4 an individual who is a member of a diplomatic mission or a consular post of a Contracting State which is situated in the other Contracting State or in a third State shall be deemed for the purposes of the Agreement to be a resident of the sending State if:
 - a) in accordance with international law he is not liable to tax in the receiving State in respect of income from sources outside that State, and
 - b) he is liable in the sending State to the same obligations in relation to tax on his world income as are residents of that State.

Article 29**Land Berlin**

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the State of Kuwait within three months of the date of entry into force of this Agreement.

Article 30**Entry Into Force**

1. This Agreement shall be subject to ratification in accordance with the constitutional requirements of the two Contracting States and the instruments of ratification shall be exchanged at Kuwait as soon as possible.
2. This Agreement shall enter into force one month from the date of the exchange of the instruments of ratification and shall have effect in both Contracting States:
 - a) in respect of taxes which are levied for any assessment period beginning on or after January 1, 1984;
 - b) in respect of taxes withheld at source on dividends, interest and royalties paid after December 31, 1983.

Article 31**Duration**

1. Without prejudice to the provisions of Article 30, this Agreement shall remain in force until December 31, 1992. Thereafter it shall continue in force until December 31, 1997, if both Contracting States have informed each other in writing by diplomatic channels, six months before expiry, that the internal requirements for a prolongation are fulfilled. The competent authorities of the Contracting States shall at the beginning of the year 1997 consult each other, whether a further prolongation should be envisaged.

2. This Agreement shall be applied ultimately in both Contracting States:

- a) in respect of taxes which are levied for the assessment period ending in the last year in which the Agreement is in force;
- b) in respect of taxes withheld at source on dividends, interest and royalties, paid up to December 31 of the last year in which the Agreement is in force.

Done at Bonn this 4th day of December 1987 corresponding to 13th day of Rabi II 1408 H, in duplicate in the German, Arabic and English languages, all three texts being authentic. In case of divergency, the English text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

LAUTENSCHLAGER

OBERT

For the State of Kuwait:

AL-BABTIN

PROTOCOL

The Federal Republic of Germany

and

the State of Kuwait

have agreed at the signing at Bonn this 4th day of December 1987, corresponding to 13th day of Rabi II 1408 H, of the Agreement between the two States for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital and for the fostering of economic relations upon the following provisions which shall form an integral part of the said Agreement.

1. With reference to Article 4

It is agreed upon that government institutions of the State of Kuwait within the meaning of paragraph 2 are the following corporate entities created under public law which are wholly owned and controlled by the State of Kuwait:

- public corporations,
- authorities,
- government agencies,
- foundations,
- development funds.

Subject to the provisions of sub-paragraph c) of paragraph 2, further institutions can be recognized as government institutions.

2. With reference to Article 5

a) paragraph 5

An authority to conclude contracts in the name of an enterprise is also habitually exercised where different persons are acting under an authority for the enterprise.

b) paragraph 6

A person in the meaning of paragraph 6 must be both legally and economically independent of the enterprise and must act in the ordinary course of his business when acting on behalf of the enterprise.

3. With reference to Articles 7 and 9

Only those profits may be attributed to a building site or construction or installation project in the Contracting State in which the building site or construction or installation project is located which result from the activity of the building site or construction or installation project itself. This means that in particular

- a) profits which arise from a delivery of goods made, whether in connection with this activity or independently of it, by the principal permanent establishment or another permanent establishment of the enterprise or a third party shall not be attributed to the building site or construction or installation project;
- b) notwithstanding the provision of paragraph 3 of Article 12 profits arising from planning, project work, design or research as well as technical services which a resident of one Contracting State performs for the building site, construction or installation project located in the other Contracting State shall, so far as these activities are performed outside the other Contracting State, not be attributed to that building site, construction or installation project.

4. With reference to Article 9

Article 9 is applicable irrespective of the provisions of the internal law, provided that acceptable substantial evidence is given and the determining of the profits is in accordance with international practice.

5. With reference to Article 10

If the Federal Republic of Germany will in future in other agreements for the avoidance of double taxation limit the taxation at source of dividends at a rate lower than the rate provided for in the Agreement the Contracting States will discuss the matter in an amicable manner.

6. With reference to Articles 10 and 11

Notwithstanding the provisions of these Articles, dividends and interest may be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the law of that State, if they

- a) are derived from rights or debt-claims carrying a right to participate in profits (including income derived by a sleeping partner from his participation as such, from a "partiari-

sches Darlehen" and from "Gewinnobligationen" within the meaning of the tax law of the Federal Republic of Germany) and

- b) are deductible in the determination of profits of the debtor of such income.

7. With reference to Article 23

- a) in general

The present personal scope of application of the Agreement will be reconsidered, if the Kuwaiti tax system or tax practice should be changed.

- b) paragraph 1

(1) It is understood that the ownership of 25 per cent of the capital of a company gives no controlling rights, and should this legal situation change and should more than 75 per cent of the capital be required for a full control then instead of a holding of "at least" 75 per cent a holding of "more than" 75 per cent is required.

(2) If a resident of the State of Kuwait who beneficially owns the whole or part of the capital of a company within the meaning of paragraph 1 of Article 23, is itself a company, then the capital of this company has to be beneficially owned directly or indirectly – through another company or other companies, being residents of the State of Kuwait – exclusively by individuals being residents of the State of Kuwait and/or by the State of Kuwait or a government institution of the State of Kuwait and must be controlled by them.

In the case of indirect ownership no other persons than individuals being residents of the State of Kuwait and/or the State of Kuwait or a government institution of the State of Kuwait may, apart from a company fulfilling the aforementioned requirements, either beneficially own any capital of the interposed company or control that company.

It is the mutual understanding of both sides that, regardless of the interposing of a company or of companies, ultimately only individuals being residents of the State of Kuwait, the State of Kuwait and a government institution of the State of Kuwait should get the benefits of the Agreement. This aim should be

regarded in the interpretation of the Agreement. If doubts should arise in this respect the mutual agreement procedure should apply.

8. With reference to Article 24

Where a company being a resident of the Federal Republic of Germany distributes income derived from sources within the State of Kuwait paragraph 1 shall not preclude the compensatory imposition of corporation tax on such distributions in accordance with the provisions of German tax law.

Done at Bonn this 4th day of December 1987, corresponding to 13th day of Rabi II 1408 H, in duplicate in the German, Arabic and English languages, all three texts being authentic. In case of divergency, the English text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

LAUTENSCHLAGER
OBERT

For the State of Kuwait:

AL-BABTIN

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET L'ÉTAT DU KOWEÏT TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE ET À ENCOURAGER LES RELATIONS ÉCONOMIQUES

La République fédérale d'Allemagne et l'Etat du Koweït,
Désireux de promouvoir leurs relations économiques en éliminant les obstacles fiscaux,
Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

PERSONNES VISÉES

La présente Convention s'applique aux personnes qui sont résidents de l'un des Etats contractants ou des deux.

Article 2

IMPÔTS VISÉS

1) La présente Convention s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte de l'un des Etats contractants, de ses *Länder*, de ses subdivisions politiques ou de ses collectivités locales, quel que soit le mode de perception.

2) Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune, tous impôts perçus sur le revenu total, sur la fortune totale, ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers, ainsi que les impôts sur les plus-values.

3) Les impôts auxquels s'applique la présente Convention sont, entre autres :

a) En République fédérale d'Allemagne :

L'impôt sur le revenu (*Einkommensteuer*);

L'impôt sur les sociétés (*Körperschaftsteuer*);

L'impôt sur la fortune (*Vermögensteuer*); et

La patente (*Gewerbesteuer*)

(ci-après dénommés « impôt allemand »).

b) Dans l'Etat du Koweït :

L'impôt sur les sociétés;

¹ Entrée en vigueur le 14 juillet 1989, soit un mois après la date de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Koweït le 14 juin 1989, conformément au paragraphe 2 de l'article 30.

La part de 5 % du bénéfice net des sociétés par actions due à la *Kuwait Foundation of Advancement of Science* (KFAS)

La Zakat

(ci-après dénommés « impôt koweïtien »)

4) La présente Convention s'applique aussi aux impôts identiques ou sensiblement analogues qui seraient établis après la signature de la présente Convention et qui s'ajouteraient aux impôts actuels ou qui les remplaceraient. Les autorités compétentes des Etats contractants se notifieront, le cas échéant, à la fin de chaque année, les modifications importantes apportées à leurs législations fiscales respectives.

Article 3

DÉFINITIONS GÉNÉRALES

1) Aux fins de la présente Convention, à moins que le contexte n'impose un sens différent,

a) Les mots « un Etat contractant » et « l'autre Etat contractant » désignent, selon le contexte, la République fédérale d'Allemagne ou l'Etat du Koweït; lorsqu'ils sont employés dans leur sens géographique, ces mots désignent le territoire de l'Etat contractant concerné sur lequel s'applique le droit fiscal de cet Etat, ainsi que les régions du plateau continental, des eaux territoriales ou de toute autre étendue maritime sur lesquelles l'Etat contractant considéré détient des droits, conformément au droit international, en ce qui concerne la prospection et l'exploitation des ressources naturelles.

b) Le mot « personne » désigne les personnes physiques et les sociétés;

c) Le mot « société » désigne les personnes morales ou les titulaires de droits considérés comme des personnes morales aux fins de l'imposition;

d) Les mots « entreprise d'un Etat contractant » et « entreprise de l'autre Etat contractant » désignent, respectivement, une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant;

e) Le mot « ressortissant » désigne,

1. En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tous les Allemands au sens du paragraphe 1 de l'article 116 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que toutes les personnes morales, sociétés de personnes et autres associations dont le statut est régi par la législation en vigueur en République fédérale d'Allemagne;

2. En ce qui concerne l'Etat du Koweït, toutes les personnes physiques possédant la nationalité koweïtienne, ainsi que toutes les personnes morales, sociétés de personnes et autres associations dont le statut est régi par la législation en vigueur dans l'Etat du Koweït;

f) Les mots « trafic international » s'entendent de tout transport effectué par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise dont le siège de direction effective est situé dans un Etat contractant, sauf lorsque le navire ou l'aéronef est exploité uniquement entre des points situés dans l'autre Etat contractant;

g) Les mots « autorité compétente » s'entendent, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, du Ministère fédéral des finances, et, dans le cas de l'Etat du Koweït, du Ministère des finances.

2) Aux fins de l'application de la présente Convention par un Etat contractant, tout mot ou groupe de mots qui n'est pas défini dans cette Convention a le sens que lui attribue la législation de cet Etat concernant les impôts auxquels s'applique ladite Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente.

Article 4

DOMICILE FISCAL

1) Aux fins de la présente Convention, les mots « résident d'un Etat contractant » désignent :

a) Dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, une personne assujettie à l'impôt sans limitation, conformément à la législation de la République fédérale d'Allemagne,

b) Dans le cas de l'Etat du Koweït, une personne physique domiciliée dans l'Etat du Koweït, ressortissante de cet Etat, ou une société dont le siège est sur le territoire de l'Etat du Koweït et y a son siège de direction effective.

2) Aux fins de l'application du paragraphe 1 du présent article,

a) La République fédérale d'Allemagne et ses subdivisions politiques sont considérées comme « résidents de la République d'Allemagne »,

b) L'Etat du Koweït est considéré comme « résident de l'Etat du Koweït »,

c) Les institutions publiques sont considérées selon l'Etat dont elles relèvent comme « résident de la République fédérale d'Allemagne » ou « résident de l'Etat du Koweït ». Est réputée institution publique toute institution créée par le Gouvernement de l'un des Etats contractants, ou, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, par l'une de ses subdivisions politiques, afin d'accomplir des fonctions publiques et reconnue comme telle d'un commun accord par les autorités compétentes des deux Etats contractants.

3) Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1 du présent article, une personne physique est résident des deux Etats contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme résident de l'Etat où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent; si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux Etats, elle est considérée comme résident de l'Etat avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) Si l'Etat où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut pas être déterminé, ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des Etats, elle est considérée comme résident de l'Etat où elle séjourne de façon habituelle;

c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux Etats ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme résident de l'Etat dont elle possède la nationalité;

d) Si cette personne possède la nationalité des deux Etats ou si elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants tranchent la question d'un commun accord.

Article 5

ETABLISSEMENT STABLE

1) Aux fins de la présente Convention, l'expression « établissement stable » désigne une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de ses activités.

2) L'expression « établissement stable » désigne notamment :

- a)* Un siège de direction;
- b)* Une succursale;
- c)* Un bureau;
- d)* Une usine;
- e)* Un atelier; et

f) Une mine, un puits de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.

3) Un chantier de construction ou de montage ne constitue un établissement stable que si l'activité s'y poursuit pendant plus de neuf mois.

4) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 du présent article, on considère qu'il n'y a pas « établissement stable » si :

a) Il est fait usage d'installations aux seules fins d'entreposage, d'exposition ou de livraison de biens ou de marchandises appartenant à l'entreprise;

b) Des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;

c) Des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés aux seules fins de transformation par une autre entreprise;

d) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des biens ou des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;

e) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'effectuer toute autre activité analogue qui a pour l'entreprise un caractère préparatoire ou auxiliaire;

f) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'effectuer toute autre combinaison d'activités visées aux alinéas *a* à *e*, à condition que l'ensemble des activités de cette installation fixe d'affaires résultant de cette combinaison aient un caractère préparatoire ou auxiliaire.

5) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, lorsqu'une personne — autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant auquel s'applique le paragraphe 6 — agit dans un Etat contractant pour une entreprise et dispose dans cet Etat du pouvoir, qu'elle y exerce habituellement, de conclure des contrats au nom de l'entreprise, cette entreprise est considérée comme ayant un établissement stable dans cet Etat pour toutes activités que cette personne exerce pour elle, à moins que les activités de cette personne ne soient limitées à celles qui sont énumérées au paragraphe 4 et qui, exercées dans une installation fixe d'affaires, ne feraient pas de cette installation fixe d'affaires, un établissement stable au sens dudit paragraphe.

6) Une entreprise d'un Etat contractant n'est pas réputée avoir un établissement stable dans l'autre Etat contractant du seul fait qu'elle exerce son activité dans cet autre Etat par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, si ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité. L'intermédiaire n'est toutefois pas considéré comme indépendant au sens du présent paragraphe s'il consacre la totalité ou la quasi totalité de ses activités à cette entreprise.

7) Le fait qu'une société qui est résidente d'un Etat contractant contrôle ou est contrôlée par une société qui est résidente de l'autre Etat contractant ou qui y exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une ou l'autre de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

Article 6

REVENUS IMMOBILIERS

1) Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus des exploitations agricoles ou forestières) situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) L'expression « biens immobiliers » a le sens que lui attribue le droit de l'Etat contractant où les biens considérés sont situés. Ces mots désignent en tout cas les accessoires, le cheptel mort ou vif et le matériel des exploitations agricoles et forestières, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des paiements variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession de l'exploitation de gisements minéraux, sources et autres ressources naturelles; les navires, bateaux et aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers.

3) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.

4) Les dispositions des paragraphes 1 et 3 du présent article s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession indépendante.

Article 7

BÉNÉFICES DES ENTREPRISES

1) Les bénéfices d'une entreprise de l'un des Etats contractants ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'entreprise n'exerce ses activités dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Dans ce dernier cas, lesdits bénéfices ne peuvent être imposés dans l'autre Etat que dans la mesure où ils sont imputables à l'établissement stable.

2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article, si une entreprise de l'un des Etats contractants exerce ses activités dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé à cet établissement, dans chaque Etat contractant, les bénéfices que l'établissement aurait pu réaliser s'il avait eu le statut d'entreprise distincte et séparée exerçant des activités identiques ou analogues, dans des conditions elles-mêmes identiques ou

analogues, et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3) Pour déterminer les dépenses d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses encourues aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi encourus, soit dans l'Etat où est situé cet établissement stable, soit ailleurs. Ces dispositions sont applicables indépendamment de limitations prévues par le droit interne, à condition que les déductions soient conformes à la pratique internationale.

4) S'il est d'usage, dans un Etat contractant, de déterminer les bénéfices imputables à un établissement stable sur la base d'une répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties, aucune disposition du paragraphe 2 n'empêche cet Etat contractant de déterminer les bénéfices imposables selon la répartition en usage; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes contenus dans le présent article.

5) Aucun bénéfice ne sera imputé à un établissement stable en raison du seul achat de biens ou de marchandises.

6) Aux fins de l'application des dispositions des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont déterminés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de procéder autrement.

7) Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles de la présente Convention, les dispositions desdits articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent article.

Article 8

NAVIGATION MARITIME, INTÉRIEURE ET AÉRIENNE

1) Les bénéfices provenant de l'exploitation, en trafic international de navires ou d'aéronefs ne sont imposables que dans l'Etat contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

2) Si le siège de direction effective d'une entreprise de navigation maritime ou intérieure est à bord d'un navire ou d'un bateau, ce siège est considéré comme situé dans l'Etat contractant où se trouve le port d'attache de ce navire ou de ce bateau ou, à défaut de port d'attache, dans l'Etat contractant dont l'exploitant du navire ou du bateau est résident.

3) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aussi aux bénéfices provenant de la participation à un pool, une exploitation en commun ou un organisme international d'exploitation.

Article 9

ENTREPRISES ASSOCIÉES

Lorsque :

a) Une entreprise de l'un des Etats contractants participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant, ou que

b) Les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'un des Etats contractants et d'une entreprise de l'autre Etat contractant,

et que, dans ces cas, les deux entreprises sont liées, dans leurs relations commerciales ou financières, par des conditions acceptées ou imposées qui diffèrent de celles dont seraient convenues des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, sans ces conditions, auraient été réalisés par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

Article 10

DIVIDENDES

1) Les dividendes payés par une société qui est résident d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) Toutefois, ces dividendes sont aussi imposables dans l'Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident et selon la législation de cet Etat; mais si la personne qui reçoit les dividendes en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15% du montant brut des dividendes.

Les dispositions du présent paragraphe n'ont pas d'incidence sur l'imposition de la société au titre des bénéfices qui donnent lieu au paiement des dividendes.

3) Le mot « dividendes » employé dans le présent article désigne

a) Les dividendes provenant d'actions, y compris les revenus d'actions, de bons ou droits de jouissance, parts de mine, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires à l'exception des créances, et

b) D'autres revenus, soumis au même régime fiscal que les revenus d'actions par la législation de l'Etat dont la société distributrice est résident et, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, les revenus qu'un associé commanditaire tire au titre de sa participation ainsi que les sommes distribuées sur les titres de participation par des fonds d'investissement.

4) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes s'y rattache effectivement. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

5) Si une société résidente de l'un des Etats contractants tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, celui-ci ne peut imposer les dividendes payés par la société à moins que ces dividendes ne soient effectivement payés à un résident de l'autre Etat contractant ou que les dividendes payés ne soient effectivement liés à un établissement stable ou à une base fixe située dans l'autre Etat, ni imposer les bénéfices non distribués de la société même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués proviennent en tout ou partie de bénéfices ou de revenus provenant de cet autre Etat.

*Article 11***INTÉRÊTS**

1) Les intérêts provenant d'un Etat contractant et payés à un résident de l'autre Etat contractant ne sont imposables dans cet autre Etat que si ce résident est le bénéficiaire effectif des intérêts.

2) Aux fins du présent article, le mot « intérêt » désigne les revenus des créances de toute nature, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices du débiteur et, en particulier, les revenus des fonds publics et des obligations d'emprunts, y compris les primes et lots attachés à ces titres.

3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, résident de l'un des Etats contractants exerce dans l'autre Etat contractant, d'où proviennent les intérêts, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance qui est génératrice des intérêts se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe en question. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

4) Les intérêts sont considérés comme provenant d'un Etat contractant lorsque le débiteur est cet Etat lui-même, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non un résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable ou une base fixe, pour lesquels la dette donnant lieu au paiement des intérêts a été contractée et qui supportent la charge de ces intérêts, ceux-ci sont considérés comme provenant de l'Etat où l'établissement stable, ou la base fixe, est situé.

5) Si, par suite des relations particulières existantes entre le débiteur et le bénéficiaire effectif, ou entre eux et une tierce personne, le montant des intérêts, eu égard à la créance au titre de laquelle ils sont versés, excède le montant dont le débiteur et le bénéficiaire effectif seraient convenus en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareil cas, la partie excédentaire des paiements demeure imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant, compte dûment tenu des autres dispositions de la présente Convention.

*Article 12***REDEVANCES**

1) Les redevances provenant d'un Etat contractant et payées à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) Toutefois, lesdites redevances sont aussi imposables dans l'Etat contractant où elles ont leur source, conformément à la législation de cet Etat; mais si la personne qui reçoit les redevances en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 10 % du montant brut des redevances.

3) Aux fins du présent article, le mot « redevances » désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit

d'auteur sur des œuvres littéraires, artistiques ou scientifiques, y compris les films cinématographiques, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'un procédé ou d'une formule de caractère secret, ainsi que pour l'usage ou la concession de l'usage d'un équipement industriel, commercial ou scientifique et pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique. Le mot « redevances » ne désigne pas les paiements relatifs à la fourniture de services, y compris de services de consultants.

4) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des redevances, résident de l'un des Etats contractants, exerce, dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les redevances, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située et que le droit ou le bien générateur des redevances se rattache effectivement à cet établissement ou à cette base fixe. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

5) Les redevances sont réputées provenir de l'un des Etats contractants si le débiteur est cet Etat lui-même, un *Land*, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet Etat. Toutefois lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non un résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable, ou une base fixe, pour lesquels l'engagement donnant lieu aux redevances a été contracté et qui supportent la charge de ces redevances, celles-ci sont considérées comme provenant de l'Etat où l'établissement stable ou la base fixe sont situés.

6) Si, par suite des relations particulières existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif, ou entre eux et une tierce personne, le montant des redevances, compte tenu de la prestation du droit pour lequel elles sont payées, excède le montant dont le débiteur et le bénéficiaire effectifs seraient convenus en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareil cas, la partie excédentaire des paiements demeure imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant, compte dûment tenu des autres dispositions de la présente Convention.

Article 13

GAINS EN CAPITAL

1) Les gains qu'un résident d'un Etat contractant tire de l'aliénation de biens immobiliers visés à l'article 6 de la présente Convention et situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) Les gains provenant de l'aliénation de biens immobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise de l'un des Etats contractants a dans l'autre Etat contractant, ou de l'aliénation de biens mobiliers faisant partie d'une base fixe dont un résident de l'un des Etats contractants dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris les gains provenant de l'aliénation de cet établissement stable (pris isolément ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans l'autre Etat.

3) Les gains provenant de l'aliénation de navires, de bateaux ou d'aéronefs exploités en trafic international ou de biens mobiliers qui servent à l'exploitation

desdits navires, bateaux ou aéronefs ne sont imposables que dans l'Etat contractant où se trouve le siège de direction effective de l'entreprise.

4) Les gains provenant de tous autres biens que ceux visés aux paragraphes 1 à 3 ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

Article 14

PROFESSIONS INDÉPENDANTES

1) Les revenus qu'un résident de l'un des Etats contractants tire de l'exercice d'une profession libérale ou d'autres activités de caractère indépendant ne sont imposables que dans cet Etat; toutefois, ces revenus sont aussi imposables dans l'autre Etat contractant si ce résident dispose de façon habituelle d'une base fixe dans l'autre Etat contractant pour l'exercice de ses activités; en ce cas, seule la fraction des revenus qui est imputable à ladite base fixe est imposable dans l'autre Etat contractant.

2. Constituent notamment des « professions libérales » les activités indépendantes de nature scientifique, littéraire, artistique, éducative ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et experts comptables.

Article 15

EMPLOIS SALARIÉS

1) Sous réserve des dispositions des articles 16, 18 et 19 de la présente Convention, les traitements, salaires et autres rémunérations analogues qu'une personne résidente de l'un des Etats contractants perçoit au titre d'un emploi salarié sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre Etat contractant. Dans ce dernier cas, les rémunérations perçues peuvent être imposées dans cet autre Etat.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, les rémunérations qu'une personne résidente de l'un des Etats contractants perçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat :

a) Si le bénéficiaire séjourne dans l'autre Etat contractant pendant une ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours de l'année civile considérée;

b) Si les rémunérations sont versées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas résident de cet autre Etat;

c) Si la charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe de l'employeur dans cet autre Etat.

3) Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations reçues au titre d'un emploi exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international, sont imposables dans l'Etat contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise.

Article 16

TANTIÈMES ET RÉMUNÉRATIONS DU PERSONNEL DE DIRECTION DE HAUT NIVEAU

Les tantièmes et autres rémunérations analogues qu'un résident de l'un des Etats contractants reçoit en qualité de membre du conseil d'administration ou de surveillance d'une société qui est un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

Article 17

ARTISTES ET SPORTIFS

1) Nonobstant les dispositions des articles 14 et 15 de la présente Convention, les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de ses activités personnelles comme professionnels du spectacle, artistes de la scène, de l'écran, de la radio ou de la télévision, comme musiciens ou sportifs, exercées dans l'autre Etat contractant, sont imposables dans cet Etat contractant.

2) Lorsque les revenus provenant des activités exercées par un professionnel du spectacle ou un sportif, en cette qualité, ne sont pas attribués à celui-ci mais à une autre personne, ces revenus peuvent, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15 être imposés dans l'Etat contractant où sont exercées les activités du professionnel du spectacle ou du sportif.

3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'appliquent pas si la tournée des artistes ou des sportifs dans l'un des Etats contractants est intégralement ou en grande partie prise en charge par l'autre Etat contractant, par un de ses *Länder* ou par une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales.

Article 18

PENSIONS

Sous réserve des dispositions du paragraphe 1 de l'article 19 de la présente Convention, les pensions et rémunérations analogues versées à un résident de l'un des Etats contractants au titre d'un emploi antérieur ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 19

FONCTIONS PUBLIQUES

1) Toute rémunération, y compris les pensions, versées par l'un des Etats contractants ou l'un de ses *Länder* ou l'une de ses subdivisions politiques et collectivités locales à une personne physique en contrepartie de prestations de services fournies audit Etat, auxdits *Länder*, à ladite subdivision ou à ladite collectivité locale n'est imposable que dans cet Etat. Toutefois, cette rémunération ne sera imposable que dans l'autre Etat contractant si les services sont rendus dans cet Etat et si la personne physique est résidente dudit Etat et n'est pas ressortissante du premier Etat.

2) Les dispositions des articles 15, 16 et 18 de la présente Convention s'appliquent aux rémunérations et pensions versées au titre de services rendus qui se rapportent à une activité industrielle ou commerciale exercée par l'un des Etats

contractants, l'un de ses *Länder* ou l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales.

3) De même, les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aux rémunérations versées au titre d'un programme d'assistance au développement de l'un des Etats contractants, l'un de ses *Länder*, l'une de ses subdivisions politiques ou l'une de ses autorités locales sur des fonds exclusivement fournis par l'Etat, le *Land*, la subdivision politique ou l'autorité locale considérés, à des spécialistes ou des volontaires qui exercent des activités dans l'autre Etat contractant avec l'assentiment de ce dernier.

Article 20

PROFESSEURS, ÉTUDIANTS ET AUTRES PERSONNES QUI REÇOIVENT UNE FORMATION

1) Toute personne physique qui, sur l'invitation de l'un des Etats contractants ou d'une université, d'un établissement d'enseignement supérieur ou d'une école, d'un musée ou d'une autre institution culturelle de cet Etat contractant, ou dans le cadre d'un programme officiel d'échanges culturels, séjourne sur le territoire de cet Etat contractant pendant une période maximale de deux ans, exclusivement pour y exercer une activité enseignante, y donner des cours ou faire des recherches auprès de cette institution et qui est résidente de l'autre Etat contractant ou s'y trouvait effectivement immédiatement avant de se rendre sur le territoire du premier Etat contractant n'est imposable dans celui-ci en raison des rémunérations de cette activité, à condition que celles-ci proviennent de sources situées en dehors de cet Etat.

2) Toute personne physique qui est résidente de l'un des Etats contractants ou l'était au moment de se rendre dans l'autre Etat contractant et qui séjourne temporairement dans cet autre Etat exclusivement en qualité

a) D'étudiant inscrit dans une université, un collège d'enseignement supérieur ou une école de cet autre Etat,

b) De stagiaire (cette expression couvrant, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, un *Volontär* ou un *Praktikant*),

c) De bénéficiaire d'une subvention, d'une allocation ou d'une bourse accordée par un organisme religieux, caritatif, scientifique ou pédagogique aux fins, principalement, d'étude ou de recherche,

d) De membre d'un programme de coopération technique auquel participe le gouvernement de cet Etat contractant,

est exonéré d'impôt dans l'autre Etat contractant au titre des montants qu'elle reçoit de l'étranger pour sa subsistance, ses études ou sa formation.

Article 21

AUTRES REVENUS

1) Les éléments de revenu d'un résident d'un Etat contractant, d'où qu'ils proviennent, qui ne sont pas traités dans les articles précédents de la présente Convention ne sont imposables que dans cet Etat.

2) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux revenus autres que les revenus provenant de biens immobiliers au sens du paragraphe 2 de l'article 6 de la présente Convention, lorsque le bénéficiaire de tels revenus, résident d'un des Etats contractants, exerce dans l'autre Etat, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur des revenus s'y rattache effectivement. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

Article 22

FORTUNE

1) La fortune constituée par des biens immobiliers visés à l'article 6 de la présente Convention que possède un résident d'un Etat contractant et qui sont situés dans l'autre Etat contractant est imposable dans cet autre Etat.

2) La fortune constituée par des biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant, ou par des biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, est imposable dans cet autre Etat.

3) La fortune constituée par des navires et aéronefs exploités en trafic international, ainsi que par des biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires ou aéronefs, n'est imposable que dans l'Etat contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise.

4) Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 23

LIMITATION DES BÉNÉFICES

1) Indépendamment des dispositions des autres articles de la présente Convention, seuls les résidents de l'Etat du Koweït énumérés ci-après peuvent invoquer l'application des articles 7, 8, 10 à 15, 21 et 22 de la présente Convention, en ce qui concerne l'imposition en République fédérale d'Allemagne :

- L'Etat du Koweït;
- Les établissements publics de l'Etat du Koweït visés au sous-paragraphe c du paragraphe 2 de l'article 4 de la présente Convention;
- Les sociétés qui peuvent prouver qu'au moins 75% de leur capital est détenu, avec droit aux bénéfices par l'Etat du Koweït ou par un établissement public de l'Etat du Koweït, à condition de pouvoir apporter la preuve concluante de ce que le capital restant est détenu par des résidents koweïtiens avec droit aux bénéfices, et que la société est dirigée par eux.

Indépendamment des dispositions de la première phrase du présent paragraphe, les résidents de l'Etat du Koweït énumérés ci-après peuvent aussi invoquer l'application des dispositions des articles 10 et 11, et du paragraphe 4 de l'article 22 de la présente Convention :

- Les particuliers;
 - Les sociétés qui peuvent apporter une preuve concluante que leur capital est détenu exclusivement avec droit aux bénéfices, par l'Etat du Koweït ou par un établissement public de l'Etat du Koweït, ou par d'autres résidents koweïtiens et qu'elles sont dirigées par ces résidents koweïtiens.
- 2) Pour bénéficier de l'exonération de l'impôt allemand visée au paragraphe 1 du présent article, la société résidente de l'Etat du Koweït doit prouver en outre que l'objet principal de son existence, de ses activités, de ses acquisitions, de ses prises de participation ou de ses autres biens d'où dérivent les revenus n'est pas une exonération quelconque d'impôt ou de taxes au profit d'une personne qui n'est pas résidente de l'Etat du Koweït.
- 3) L'exonération de l'impôt allemand visée aux paragraphes 1 et 2 du présent article n'est accordée que si les autorités compétentes de l'Etat du Koweït attestent que les conditions énoncées dans ces paragraphes sont remplies. Si les autorités de la République fédérale d'Allemagne disposent de preuves qui font douter du bien-fondé des déclarations faites par la personne qui perçoit les bénéfices ou possède la fortune et qui ont été attestées par les autorités compétentes de l'Etat du Koweït, les autorités compétentes de la République fédérale d'Allemagne communiquent ces preuves aux autorités compétentes de l'Etat du Koweït; celles-ci procèdent à une nouvelle enquête dont elles font connaître les résultats aux autorités compétentes de la République fédérale d'Allemagne. Les dispositions de l'article 25 de la présente Convention sont appliquées en cas de désaccord entre les autorités compétentes des deux Etats contractants.

Article 24

EXEMPTION DE LA DOUBLE IMPOSITION

1. En ce qui concerne les résidents de la République fédérale d'Allemagne, l'impôt est calculé comme suit :

a) Sauf en cas d'application des dispositions de l'alinéa *b* du présent paragraphe, les éléments du revenu ayant leur source dans l'Etat du Koweït ainsi que les éléments de fortune situés dans l'Etat du Koweït qui sont imposables dans ce pays en vertu de la présente Convention, sont exclus de l'assiette de l'impôt allemand. Toutefois, lors du calcul du taux d'imposition, la République fédérale d'Allemagne se réserve le droit de tenir compte des éléments du revenu et de la fortune ainsi exclus.

Dans le cas des dividendes koweïtiens, les dispositions ci-dessus s'appliquent seulement lorsque ces dividendes sont payés à une société, à l'exclusion des associations de personnes, résidentes de la République fédérale d'Allemagne, par une société résidente de l'Etat du Koweït dont la première société détient directement au moins 10% du capital.

Aux fins de l'impôt sur la fortune, seront aussi exclues de l'assiette de l'impôt allemand les participations dont les dividendes doivent être exclus de l'assiette de l'impôt, ou seraient exclus s'ils étaient payés, en application des dispositions de la phrase précédente.

b) Sous réserve des dispositions de la législation fiscale allemande relative à la déduction de l'impôt étranger, sera admis en déduction de l'impôt allemand sur le revenu et de l'impôt allemand sur les sociétés, l'impôt koweïtien payé en vertu de la législation koweïtienne et conformément à la présente Convention sur les éléments suivants du revenu provenant de sources situées dans l'Etat du Koweït :

1. Les dividendes non visés au sous-paragraphe *a* du présent paragraphe,
2. Les redevances visées à l'article 12 de la présente Convention,
3. Les rémunérations visées à l'article 16 de la présente Convention,
4. Les revenus visés à l'article 17 de la présente Convention,
5. Les revenus de biens immobiliers visés à l'article 6 de la présente Convention sauf si les biens d'où proviennent les revenus sont effectivement liés à un établissement stable visé à l'article 7 de la présente Convention et situé dans l'Etat du Koweït ou à une base fixe visée à l'article 14 de la présente Convention et située dans l'Etat du Koweït, à moins que les dispositions du sous-paragraphe *c* du présent paragraphe ne s'opposent à l'application des dispositions du sous-paragraphe *a* du présent paragraphe aux bénéfices de l'établissement stable ou de la base fixe.

c) Les dispositions du sous-paragraphe *a* du présent paragraphe ne s'appliquent aux bénéfices et à la fortune résultant des biens mobiliers et immobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable, aux gains provenant de l'aliénation dudit actif, aux dividendes payés par une société, aux participations dans une société, que si le résident de la République fédérale d'Allemagne est en mesure de prouver que les recettes brutes de l'établissement stable ou de la société proviennent exclusivement, ou presque exclusivement, d'activités visées aux sous-paragraphes 1 à 6 du paragraphe 1 et au paragraphe 2 de l'article 8 de la loi allemande sur l'impôt étranger telle qu'elle est en vigueur à la date de la signature de la présente Convention.

En pareil cas, l'impôt sur les éléments du revenu et de la fortune visés ci-dessus, payable aux termes de la législation koweïtienne et conformément à la présente Convention est, sous réserve des dispositions de la législation fiscale allemande relative à la déduction de l'impôt étranger, admis en déduction de l'impôt allemand sur le revenu ou sur les sociétés payable sur ces éléments du revenu ou de l'impôt allemand sur la fortune payable sur ces éléments de la fortune.

2) En ce qui concerne les résidents koweïtiens, l'impôt est calculé conformément à la législation de l'Etat du Koweït.

Article 25

PROCÉDURE AMIABLE

1) Lorsqu'une personne estime que les mesures prises par l'un des Etats contractants ou par les deux Etats contractants entraînent ou entraîneront pour elle une imposition incompatible avec les dispositions de la présente Convention, elle peut,

indépendamment des recours prévus dans les législations nationales de ces Etats, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'Etat contractant dont elle est résidente. Le cas doit être soumis dans un délai de trois ans à partir de la première notification des mesures qui entraînent une imposition non conforme aux dispositions de la présente Convention.

2) L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'apporter une solution appropriée, de régler la question par voie d'entente avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, en vue d'éviter toute imposition incompatible avec les dispositions de la présente Convention. L'accord est applicable quels que soient les délais prévus par le droit interne des Etats contractants.

3) Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent de résoudre d'un commun accord toute difficulté ou toute incertitude suscitées par l'interprétation ou l'application de la présente Convention. Elles peuvent aussi se consulter pour éliminer la double imposition dans les cas qui ne sont pas prévus dans la présente Convention.

4) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent communiquer directement entre elles en vue de parvenir à un accord, comme l'indiquent les précédents paragraphes.

Article 26

ECHANGE DE RENSEIGNEMENTS

1) Les autorités compétentes des Etats contractants échangent les renseignements nécessaires à l'application de la présente Convention. Les renseignements reçus par un Etat contractant sont tenus secrets de la même manière que les renseignements obtenus en application de la législation interne de cet Etat. Ils ne sont communiqués qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et les autorités administratives) concernées par l'établissement ou le recouvrement des impôts visés par la présente Convention, par les procédures ou poursuites concernant ces impôts, ou par les décisions sur les recours relatifs à ces impôts. Ces personnes ou autorités n'utilisent ces renseignements qu'à ces fins. Elles peuvent faire état de ces renseignements au cours d'audiences publiques de tribunaux ou dans des jugements.

2) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un Etat contractant l'obligation de :

a) Prendre des mesures administratives incompatibles avec sa législation ou sa pratique administrative, ou avec la législation ou la pratique administrative de l'autre Etat contractant;

b) Fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre Etat contractant;

c) Fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

*Article 27***DISPOSITIONS DIVERSES**

1) Les autorités compétentes des Etats contractants règlent d'un commun accord les modalités d'application des limitations et exonérations définies dans les articles précédents de la présente Convention.

2) Il est entendu que la présente Convention ne peut être interprétée comme empêchant la République fédérale d'Allemagne d'imposer des montants qui font partie du revenu des résidents de la République fédérale d'Allemagne conformément au titre 4 de la loi allemande sur l'impôt étranger.

*Article 28***PRIVILÈGES DIPLOMATIQUES ET CONSULAIRES**

1) Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux priviléges fiscaux dont bénéficient les membres d'une mission diplomatique, d'un poste consulaire ou d'une organisation internationale en vertu des règles générales du droit international ou des dispositions d'accords particuliers.

2) Nonobstant l'article 4 de la présente Convention, une personne physique qui est membre d'une mission diplomatique, consulaire ou permanente de l'un des Etats contractants qui est établie dans l'autre Etat contractant ou dans un Etat tiers est réputée aux fins de la présente Convention être un résident de l'Etat d'envoi à condition

- a) Conformément au droit international, de n'être pas imposable dans l'Etat d'accueil au titre de ses revenus provenant de sources extérieures à cet Etat, et
- b) D'être soumis dans l'Etat d'envoi aux mêmes obligations fiscales sur son revenu mondial que les résidents de cet Etat.

*Article 29***LAND BERLIN**

La présente Convention est également applicable au *Land Berlin*, sauf déclaration contraire du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne effectuée auprès du Gouvernement de l'Etat du Koweït dans les trois mois qui suivent l'entrée en vigueur de la présente Convention.

*Article 30***ENTRÉE EN VIGUEUR**

1) La présente Convention est soumise à ratification conformément aux dispositions constitutionnelles des deux Etats contractants; les instruments de ratification seront échangés à Koweït dès que faire se pourra.

2) La présente Convention entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification et elle aura effet dans les deux Etats contractants

- a) Au regard des impôts au titre de toute période d'imposition commençant le 1^{er} janvier 1984 ou après cette date;
- b) Au regard des impôts acquittables par retenue à la source au titre de tous dividendes, intérêts et redevances payés après le 31 décembre 1983.

Article 31

DURÉE

1) Sans préjudices des dispositions de son article 30, la présente Convention restera en vigueur jusqu'au 31 décembre 1992. Elle le demeurera ensuite jusqu'au 31 décembre 1997 à condition que les deux Etats contractants s'informent par écrit, par la voie diplomatique, six mois avant la date d'expiration, que les dispositions internes relatives à la prorogation ont été remplies. Les autorités compétentes des Etats contractants se consulteront au début de 1997 afin de déterminer si une autre prorogation doit être envisagée.

2) La présente Convention achèvera de s'appliquer dans les deux Etats contractants :

- a) Aux impôts perçus pour l'année fiscale se terminant la dernière année auquel la présente Convention sera en vigueur;
- b) Aux impôts retenus à la source sur les dividendes, intérêts et redevances payés jusqu'au 31 décembre de la dernière année au cours de laquelle la présente Convention est en vigueur.

FAIT à Bonn, le 4 décembre 1987, correspondant au 13 Rabi II 1408 de l'hégire, en double exemplaire, en langues allemande, anglaise et arabe, les trois textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation, c'est le texte anglais qui prévaut.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

LAUTENSCHLAGER

OBERT

Pour l'Etat du Koweït :

AL-BABTIN

PROTOCOLE

La République fédérale d'Allemagne et l'Etat du Koweït

Lors de la signature à Bonn, le 4 décembre 1987, correspondant au 13 Rabi II 1408 de l'hégire, de la Convention entre les deux Etats tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune et à encourager les relations économiques, sont convenus des dispositions suivantes qui font partie de ladite Convention :

1) *Au sujet de l'article 4 :*

Les institutions publiques de l'Etat du Koweït, au sens du paragraphe 2 sont les personnes morales de droit public, qui appartiennent en totalité à l'Etat du Koweït et sont dirigées par lui, énumérées ci-après :

- Entreprises publiques
- Agences
- Organismes gouvernementaux
- Fondations
- Fonds de développement.

Sous réserve des dispositions du sous-paragraphe c du paragraphe 2 d'autres institutions peuvent être reconnues comme institutions publiques.

2) *Au sujet de l'article 5 :*

a) Paragraphe 5

Les pouvoirs de conclure des contrats au nom d'une entreprise sont exercés généralement aussi par plusieurs personnes agissant en vertu de pouvoirs qui leur sont conférés par cette entreprise.

b) Paragraphe 6

Au sens du paragraphe 6 les personnes doivent être à la fois juridiquement et économiquement indépendantes de l'entreprise et agir dans l'exercice normal de leurs fonctions lorsqu'elles le font pour le compte de l'entreprise.

3). *Au sujet des articles 7 et 9 :*

Les bénéfices ne peuvent être imputés à un chantier de construction ou de montage sur le territoire de l'Etat contractant où ceux-ci se trouvent que si les bénéfices proviennent de l'activité du chantier de construction ou de montage. En particulier,

a) Ne sont pas imputés au chantier de montage ou de construction les bénéfices qui proviennent de la fourniture de biens, que ce soit en rapport avec cette activité ou indépendamment d'elle, par l'établissement permanent principal ou un autre établissement permanent de l'entreprise ou un tiers;

b) Indépendamment des dispositions du paragraphe 3 de l'article 12, les bénéfices résultant de travaux de planification, de l'établissement de projets, de travaux de recherche ou de construction ou de services techniques qu'une personne résidente de l'un des Etats contractants exécute ou fournit pour le chantier de construction, ou de montage situé dans l'autre Etat contractant ne sont pas imputés au chantier de construction ou de montage dans la mesure où les activités considérées sont exercées en dehors de l'autre Etat contractant.

4) *Au sujet de l'article 9 :*

L'article 9 s'applique indépendamment des dispositions de droit interne, à condition que des preuves concluantes et recevables puissent être apportées et que la détermination des bénéfices corresponde à la pratique internationale.

5) *Au sujet de l'article 10 :*

Si, dans des conventions ou accords futurs visant à éviter la double imposition la République fédérale d'Allemagne limite l'imposition des dividendes imposés à la source à un taux inférieur à celui que prévoit la Convention, les Etats contractants s'entendront au sujet de cette question.

6) *Au sujet des articles 10 et 11 :*

Indépendamment des dispositions de ces articles, les dividendes et les intérêts peuvent être imposés dans l'Etat contractant dans lequel ils sont produits et conformément à la législation de cet Etat si, à la fois :

a) Il s'agit de droits ou de créances comportant une clause de participation aux bénéfices (y compris de revenus d'une société commanditaire du fait de sa participation en cette qualité), à la suite d'un « prêt partiel » et d'« obligations bénéficiaires » au sens de la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne,

b) Ils sont déductibles aux fins du calcul des bénéfices du débiteur de ce revenu.

7) *Au sujet de l'article 23 :*

a) De manière générale

L'étendue de l'application aux personnes de la présente Convention sera reconstruite si le système fiscal ou la pratique fiscale de l'Etat du Koweït est modifié.

b) Paragraphe 1

Il est entendu que la propriété de 25 % du capital d'une société ne donne pas de droit majoritaire; si la situation juridique changeait et qu'il faille détenir plus de 75 % du capital pour exercer un droit majoritaire, au lieu d'une participation « d'au moins » 75 %, c'est une participation « de plus de » 75 % qui serait requise.

2. Dans les cas où une personne résidente de l'Etat du Koweït qui détient tout ou partie du capital d'une société au sens du paragraphe 1 de l'article 23 de la Convention, avec droit aux bénéfices, est elle-même une société, le capital de cette société doit être détenu, avec droit aux bénéfices, directement ou indirectement — par l'intermédiaire d'une ou de plusieurs autres sociétés résidentes de l'Etat du Koweït — exclusivement par des résidents de l'Etat du Koweït ou par l'Etat du Koweït ou par une institution publique de l'Etat du Koweït, qui doivent être majoritaires.

Si les parts sont détenues indirectement, seules des personnes physiques résidentes de l'Etat du Koweït, ou l'Etat du Koweït ou une institution publique de l'Etat du Koweït peuvent, indépendamment des sociétés répondant aux conditions énoncées ci-dessus, détenir une part quelconque avec droit aux bénéfices, de la société intermédiaire, ou être majoritaires dans cette société.

Il est entendu entre les deux Etats contractants qu'indépendamment de la société ou des sociétés intermédiaires, seules des personnes physiques résidentes de l'Etat du Koweït, l'Etat du Koweït ou des institutions publiques de l'Etat du Koweït peuvent bénéficier des dispositions de la Convention. Il doit être tenu compte de cet

objectif dans l'interprétation de la Convention. En cas de doute à ce sujet, les Etats contractants s'entendront à l'amiable.

8) *Au sujet de l'article 24 :*

En cas de distribution de revenus provenant de sources situées sur le territoire de l'Etat du Koweït par une société résidente de la République fédérale d'Allemagne, les dispositions du paragraphe 1 n'excluent pas que ces revenus distribués soient soumis à l'impôt sur les sociétés conformément aux dispositions de la législation de la République fédérale d'Allemagne.

FAIT à Bonn, le 4 décembre 1987, correspondant au 13 Rabi II 1408 de l'hégire, en double exemplaire, en langues allemande, anglaise et arabe, les trois textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation, c'est le texte anglais qui prévaut.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

LAUTENSCHLAGER

OBERT

Pour l'Etat du Koweït :

AL-BABTIN